

Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft: dargestellt am Beispiel der Grenzregion zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw

Haase, Annegret; Hudseljak, Irina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haase, A., & Hudseljak, I. (2000). Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft: dargestellt am Beispiel der Grenzregion zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw. *Europa Regional*, 8.2000(2), 2-18. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48264-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft

dargestellt am Beispiel der Grenzregion zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw¹

ANNEGRET HAASE UND IRINA HUDSELJAK

Einleitung

In der Folge der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen im östlichen Europa und den damit einhergehenden Grenzveränderungen gerieten die Gebiete an der polnischen Ostgrenze in eine völlig neue Situation (GRIMM 1997, 1998). Neben der Bewältigung des seit der Grenzöffnung zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn stark angewachsenen grenzüberschreitenden Verkehrs gilt es in den letzten Jahren auch, neue bilaterale Beziehungen zwischen den jeweiligen Nachbarstaaten aufzubauen. Dabei handelt es sich aus polnischer Perspektive nunmehr um fünf Nachbarstaaten: Russland (Oblast Kaliningrad), Litauen, Belarus, die Ukraine und die Slowakische Republik (vgl. ROŚCISZEWSKI 1997, 1998; HAASE 1999a). Durch die hermetische Abriegelung der polnischen Ostgrenze hatten in den Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1991 kaum Kontakte zwischen den Grenzregionen und ihrer Bevölkerung bestanden. Massenumsiedlungen, sogenannte Repatriierungen, in den Jahren 1944-1946 griffen tief in die demographische und ethnische Struktur der Bevölkerung ein, Mischgebiete wurden gewaltsam "entflochten" (KRZEMIŃSKI 1993). Über vier Jahrzehnte hatten sich die ehemals zusammengehörigen Gebiete nicht nur unter unterschiedlichen nationalen Bedingungen, sondern in einer regelrechten Isolation voneinander entwickelt.

Das Anliegen des vorliegenden Beitrages ist es vor diesem Hintergrund, Perspektiven und Probleme der gegenwärtigen Lage im Grenzgebiet zwischen dem südöstlichen Polen – den ehemaligen Wojewodschaften Krosno, Przemyśl und Rzeszów, die ab 1.1.1999 eine gemeinsame Wojewodschaft Vorkarpaten (poln. Podkarpackie) bilden – sowie der Oblast Lwiw (poln. Lwów, dt. Lemberg) auf ukrainischer Seite aufzuzeigen (Abb. 1,



Abb. 1: Grenzregion Südostpolen – westliche Ukraine

Gebiet	Fläche in km ²	Bevölkerung in 1000	Bev.-Dichte in Ew./km ²	Urbanisierungsrate in %	Hauptort
Südostpolen bis 31.12.1998	14.536	1.335.200	120	39,0	Rzeszów, Krosno, Przemyśl
Wojewodschaft Vorkarpaten	17.926	2.097.000	118	41,0	Rzeszów
Oblast Lwiw	21.800	2.800.000	128	61,0	Lwiw

Tab. 1: Südostpolen und Oblast Lwiw – Grunddaten

Quellen: RÖSSNER u. a 1998, S. 173ff. und GUS: Polska w nowym podziale terytorialnym 1998

Tab. 1). Dabei stehen nach einer kurzen Skizzierung des historischen und politischen Rahmens die Ausprägungen und Folgen der sozioökonomischen Transformation, die Möglichkeiten und Formen grenzüberschreitender Kontakte und Kooperation so-

wie die ethnische und religiöse Dimension des polnisch-ukrainischen Verhältnisses im Mittelpunkt. Ab-

¹ Der Dank der Autorinnen geht an Dr. G. FRIEDLEIN und Prof. F.-D. GRIMM vom Institut für Länderkunde Leipzig für das kritische Lesen des Manuskripts sowie die Überarbeitungshinweise.

schließlich werfen einige systematisierende und vorausschauende Überlegungen einen Blick auf die Konsequenzen der europäischen Integrationsprozesse für das polnisch-ukrainische Grenzgebiet.

Die polnisch-ukrainische Nachbarschaft besitzt gegenwärtig eine strategische Bedeutung für die Stabilität und weitere Entwicklung in Ostmitteleuropa, zum einen für die direkte Nachbarschaft der beiden Staaten Polen und Ukraine und ihrer Grenzregionen, und zum anderen im Rahmen der euroatlantischen Integration Polens (seit 12.3.1999 NATO-Mitglied, EU-Beitritt voraussichtlich 2003/4).

Historische Entwicklung im Schnittpunkt europäischer Kulturen

Das heutige Grenzgebiet zwischen Polen und der Ukraine ist ein historisch gesehen junger Grenzraum (erst seit 1945, vgl. GRIMM 1997). Betrachtet man ihn jedoch aus politischer, ethnischer, religiöser oder kultureller Perspektive, so bestehen hier seit Jahrhunderten Nachbarschaften, die infolge von Kriegen und Eroberungen, Wanderungen und Vertreibungen, Bündnissen und Machtinteressen im Laufe der Geschichte immer wieder zum Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen dem europäischen Westen und Osten geworden sind (vgl. BABIŃSKI 1997).

Die polnisch-ukrainische Nachbarschaft und Koexistenz in diesem Raum ist historisch betrachtet mehr als 1000 Jahre alt (vgl. Instytut Południowo-Wschodni 1990, 1994, 1996), das Verhältnis zwischen beiden Völkern bzw. Nationen jedoch besonders seit der Zeit der Gegenreformation und Rekatholisierung in der ersten Polnischen Republik (*res publica*, poln. *Rzeczpospolita*) im 16. Jahrhundert konfliktbelastet. Bis zum 19. Jahrhundert (Zeit der "Wiedergeburt der ukrainischen Nation", vgl. BÖHME 1999; HAUSMANN und KAPPELER 1993) waren dabei soziale (Polen als Vertreter der Oberschicht, Ukrainer als Bauern) und religiöse bzw. zwischenkonfessionelle Unterschiede (zwischen römisch-katholischer, unierter und orthodoxer Kirche) von größerer Bedeutung als ethnische (HAASE 1998a). Die Periode der Polnischen Teilungen und habsburgischen Herrschaft in Galizien verstärkte durch ihre Nationalitätenpoli-

tik die polnisch-ukrainischen Unterschiede und Spannungen. Daneben blieb eine wirtschaftliche Modernisierung bzw. Industrialisierung der Gebiete weitgehend aus, der ländliche Raum war geprägt von Kleinsthöfen, Überbevölkerung und der sogenannten galizischen Not (poln. *niezda galicyjska*), d. h. Armut, Hunger und einer schweren Beschäftigungskrise.

Im 20. Jahrhundert kulminierten die polnisch-ukrainischen Spannungen am Ende bzw. in der Folge der beiden Weltkriege. Durch den polnisch-ukrainischen Krieg um die Westukraine nach 1918 und die Niederlage der Ukrainer verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zusehends, zumal die Minderheitenpolitik der Zweiten Polnischen Republik gekennzeichnet war durch Assimilierungs- und Polonisierungsdruck, insbesondere auch durch eine feindliche Einstellung zu ihren ostslawischen Minderheiten. Die dramatischste Phase jedoch begann in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, als im Schatten der deutsch-polnisch-sowjetischen Auseinandersetzungen sowohl polnische als auch ukrainische Zivilisten in Wolynien, Podolien und Galizien Opfer der Kämpfe zwischen der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) und der Polnischen Heimatarmee (AK) wurden. Noch vor Ende des Krieges wurden ab 1944 hundert Tausende Polen und Ukrainer entsprechend der neuen Grenzziehungen umgesiedelt. Der fortlaufende Partisanenkampf von Einheiten der UPA im heutigen Grenzgebiet war im Frühjahr 1947 schließlich Anlass für die gewaltsame Umsiedlung der meisten der verbliebenen ca. 200 000 Ukrainer in Nachkriegspolen im Rahmen der Aktion "Weichsel" (in die ehemals deutsch besiedelten Gebiete im Westen und Nordosten, vgl. MIŚIŁO 1993; MOKRY 1997; MOLDENHAUER 1997). Die entstandene sogenannte Freundschaftsgrenze zwischen der VR Polen und der UdSSR – so der offizielle Sprachgebrauch – war von 1945 bis zum Ende des Realsozialismus und zum Zerfall der Sowjetunion 1991 weitgehend abriegelt und Jahrhunderte lang funktionierende infrastrukturelle, wirtschaftliche und soziale Beziehungen waren dadurch abrupt unterbrochen (GRIMM 1995).

In beiden Grenzregionen fand nach 1945 eine partielle und stark sektorale Industrialisierung statt, welche in Südostpolen ihren Schwerpunkt in der Schwer- und Rüstungsindustrie mit den Zentren in Mielec und Rzeszów, ausgerichtet auf den sowjetischen Absatzmarkt, fand. Eine wachsende Anzahl von Industriearbeitern pendelte bis 1989 vom Land in die Stadt zur Arbeit. Von dieser Gruppe der Erwerbsspendler und Doppelberufler (privatbäuerlicher Hof als Nebenwirtschaft) wurde das disproportionale Verhältnis von Industrialisierung und Urbanisierung ("urbanisierte ländliche Bevölkerung") hauptsächlich getragen (MALIKOWSKI 1998; MAKIEŁA 1999).

Östlich der polnisch-ukrainischen Grenze entwickelten sich neben Lwiv vor allem Mittelstädte wie Stryj, Drohobytch, Tscherwohohrad und Sambir zu Industriezentren (Holz- und Baustoffindustrie sowie Energie- und Brennstoffwirtschaft). Trotzdem überwiegt heute in den meisten Kreisen außerhalb von Lwiv nach wie vor die ländliche Bevölkerung, der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung blieb gering.

Durch den Verlust der Stadt Lwów (heute ukr. Lwiv) für Polen entwickelte sich das bis dahin eher unbedeutende Rzeszów zum regionalen Zentrum des heutigen polnischen Südostens, wurde wirtschaftliches und kulturelles Zentrum für die hier betrachteten Wojewodschaften (Sitz mehrerer Hochschulen, Theater, Philharmonie u. a.). Die Stadt Lwiv dagegen wurde durch die Grenzziehung eines Teil ihres Hinterlandes beraubt und befand sich in der Sowjetunion bzw. Ukraine in einer räumlich peripheren Lage. Dennoch behielt sie ihre Rolle als ein bedeutendes geistig-kulturelles Zentrum für die Westukraine über die gesamte Periode des Sozialismus (vgl. BÖHME 1999; FÄSSLER, HELD und SAWICKI 1993).

Infolge der Abriegelung der neuen Grenzräume waren zwischenmenschliche Kontakte der Bewohner auf beiden Seiten über vier Jahrzehnte lang kaum möglich. Der Prozess der Entfremdung der Grenzregionen wurde verstärkt durch den angesprochenen Bevölkerungsaustausch. Sie gehörten nunmehr zwei Staaten an und entwickelten sich demzufolge getrennt und unter verschiedenen Bedingun-

gen. Die so entstandenen politischen und wirtschaftlichen, aber auch sozialkulturellen und mentalitätsbezogenen Unterschiede offenbaren sich seit der Grenzöffnung. Sie bergen neben Chancen zur Kooperation auch zahlreiche Risiken vom Missverständnis bis hin zu Konfliktpotentialen in den Nachbarbeziehungen in sich.

Politische Rahmenbedingungen nach dem Umbruch

Der politische Umbruch in Ostmitteleuropa und die Grenzöffnung zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn als eine seiner Konsequenzen ermöglichen eine neue Qualität der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Polen war der erste Staat, welcher die Ukraine offiziell anerkannte. Der Aufbau bilateraler Beziehungen in den folgenden Jahren war zwar wiederholt von Rückschlägen unterbrochen und von Spannungen geprägt, wie das fehlgeschlagene Einvernehmen Warschaws und Kiews über eine "Stabilitätszone" in Ostmitteleuropa im Mai 1993 dokumentiert hat (vgl. HARTMANN 1995). Die Zugrundelegung der Prinzipien freundschaftliche Koexistenz und bilaterale Kooperation als Basis der Nachbarschaft spiegelt sich u. a. im 1992 abgeschlossenen Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit wider, welcher einer bereits 1990 unterzeichneten Erklärung über die Grundsätze und Grundlinien für die Entfaltung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Polen und der damals noch Ukrainischen Sowjetrepublik folgte. Der Vertrag regelt die wichtigsten Fragen der neuen Nachbarschaft (vgl. GILL und GILL 1994; Tab. 2).

- jeglichen Verzicht auf territoriale Ansprüche auf beiden Seiten (Artikel 2, bereits in der Erklärung von 1990 festgehalten),
- die bilaterale Zusammenarbeit auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge und demokratischer, partnerschaftlicher Strukturen (Artikel 3),
- den generellen Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel zur Lösung bilateraler Probleme (Artikel 4),
- den Aufbau vielfältiger neuer Kooperationsbeziehungen in Umweltfragen, Rechtsfragen, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur (Artikel 5, 6 und 7) sowie
- die Anerkennung der jeweiligen ethnischen Minderheiten und Zuerkennung politischer und soziokultureller Grundrechte sowie die Pflege der entsprechenden Kulturgüter und Gedenkstätten bzw. -orte (Artikel 11, 12 und 18)

Tab. 2: Festlegungen des polnisch-ukrainischen Nachbarschaftsvertrages vom 18.5.1992

Quelle: GILL und GILL 1994, S. 104ff.

Ein noch stets gegenwärtiges Problem der neuen Nachbarschaft sind die Nachwirkungen der Auseinandersetzungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre von 1943-47. Auf einem Treffen polnischer und ukrainischer Historiker in Podkowa Leśna im Juni 1994 wurden diese "schwierigen Fragen" (Polnisch-ukrainischer Krieg, Assimilierungsdruck auf die Ukrainer in der Zweiten Republik, die Morde an polnischer und ukrainischer Zivilbevölkerung im Schatten und in der Folge des Zweiten Weltkrieges und der Grenzziehungen 1945) erörtert, eine Publikation dazu ist im letzten Jahr erschienen (vgl. Polska-Ukraina: Trudne pytania 1998). Im Mai 1997 unterzeichneten die Präsidenten Kwaśniewski und Kutschma in Kiew eine "Erklärung zur Verständigung und Versöhnung", welche der Opfer der Massaker und Vertreibungen gedenkt, zugleich aber den Blick auf die Zukunft der polnisch-ukrainischen Beziehungen richtet (Polityka 22/1997, S. 17).² Als weiteres Symbol der Verständigung auf bilateraler Ebene kann das offizielle Gedenken an die Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers Jaworzo bei Auschwitz im Jahre 1998 gewertet werden, wo nach 1947 zahlreiche Ukrainer interniert waren und Hunderte von ihnen umgekommen sind (die Präsidenten Kwaśniewski und Kutschma nahmen an den Feierlichkeiten teil).

Solchen Bemühungen um eine Versöhnung und die Aufarbeitung bzw. Beilegung historischer Konflikte kann im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der "strategischen polnisch-ukrainischen Partnerschaft" nicht genug Bedeutung beigemessen werden. Dass die Inhalte der Versöhnungser-

klärung von 1947 bis zur Gegenwart in Polen und der Ukraine kontrovers diskutiert werden, steht dem keinesfalls entgegen. Die bis heute bestehenden soziopsychologischen Hemmnisse in beiden Gesellschaften, und insbesondere in den betreffenden Grenzregionen, für eine Beilegung der alten Konflikte dürfen trotz der neuen Initiativen zur Aussöhnung nicht unterschätzt werden.

Von neuer Bedeutung sind heute die gemeinsamen politischen Interessen Polens und der Ukraine "zwischen Europa und Russland", wie von beiden Seiten immer wieder betont wird (vgl. TSCHIHAK 1998; Außenminister GEREMEK vor dem Sejm am 8.4.1999). Polen befindet sich seit der politischen Wende 1989 auf einem Integrationskurs in Richtung Europäische Union (vgl. FRANZMEYER und WEISE 1995; MÜLLER-GRAFF und STEPNIAK 1997; WOJTKOWSKA-LODEJ 1999) und NATO (Beitritt am 12.3.1999, vgl. KOSZEL 1998), betont seine Zugehörigkeit zum abendländisch-westlich-lateinischen Europa und dürfte als gegenwärtiger "Spitzenreiter" im Rahmen der Reformfortschritte in Ostmitteleuropa (PÜTZ 1998) auch die EU-Vollmitgliedschaft innerhalb der nächsten Jahre bis 2003/4 erreichen. Die Ukraine dagegen steht trotz ihrer anerkannten strategisch wichtigen Position zwischen Mittel- und Osteuropa (vgl. KUKLIŃSKI 1997) im westlichen Interesse im Schatten von Russland, wird als Kooperations- und Bündnispartner kaum oder lediglich als "Objekt" der europäischen Politik wahrgenommen (ERLER 1998). Ihre Rolle für die politische Stabilität in Ost- und Ostmitteleuropa wird bislang weitgehend unterschätzt – zum einen, da die Ukraine bis 1991 niemals einen unabhängigen Staat gebildet hat, und zum anderen aufgrund der Russland-Fokussierung der westeuropäischen Ostpolitik, welche nach dem Zusammenbruch der UdSSR unverändert erhalten blieb (vgl. BÖHME 1999; LÜDEMANN 1995). In der ukrainischen Politik und Publizistik spielt dieses Thema dagegen eine große Rolle. Die aktuellen und zukünftigen Dimensio-

² vgl. dazu eine deutschsprachige Fassung des Beitrages in Osteuropa 48(1998)4, S. A254 sowie Reaktionen verschiedener Personen des öffentlichen Lebens auf die Erklärung auf S. A251ff.

nen einer West- oder Ostanbindung der Ukraine werden heute im Land selbst sehr unterschiedlich wahrgenommen und bewertet, wie es die Haltung zum NATO-Beitritt Polens, zur eigenen Zusammenarbeit mit den euroatlantischen Organisationen oder unlängst die Diskussionen über die Jugoslawien- bzw. Kosovo-Krise gezeigt haben (vgl. DERGATSCHOW 1999). Die westliche Ukraine und besonders das Gebiet um Lwiw sehen sich dabei eindeutig zum Westen zugehörig. Der Lage im Schnittpunkt europäischer Handelswege und kultureller Einflüsse und den diesbezüglichen Verkehrs-, Wirtschafts- und Kommunikationsbeziehungen kommt daher heute weniger eine materielle, aber dafür eine um so größere psychologische Bedeutung zu.

Für die Ukraine ist die Nachbarschaft zu Polen von großer Wichtigkeit auf ihrem Weg nach Europa. Es hängt in dieser Nachbarschaft ebenso vieles von den Bemühungen Polens ab, die Bedeutung der engen Kooperationsbeziehungen zum östlichen Nachbarn zu erhalten wie auch an der Ukraine, den Beziehungen zu Polen einen wichtigen Platz in den außenpolitischen Prioritäten des Landes einzuräumen (vgl. PAWLYSCHYN 1998). Denn letztlich ist die Ukraine für Polen auch als "Stabilisator" gegenüber immer wieder befürchteter russischer "Imperialbestrebungen" von größter Bedeutung. Es besteht demnach ein wechselseitiges Interesse an Stabilität und Fortgang der Reformen zwischen den beiden Staaten, und dies ist zweifelsohne eine günstige politische Konstellation für die Zukunft Ostmitteleuropas. Ein Risiko besteht in dem Umstand, dass möglicherweise ein Auseinanderbrechen der Ukraine in eine West- und eine Osthälfte bei weiterer katastrophaler Wirtschaftsentwicklung des Landes (vgl. LEWSCHIN 1999) droht: Zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen der Ukraine bestehen neben wirtschaftlichen auch ethnische, religiöse und soziokulturelle Unterschiede. In den östlichen Regionen ist der Anteil der russischen Bevölkerung viel höher als im Westen, wo seit dem 19. Jahrhundert der Schwerpunkt der ukrainischen Nationalbewegung beheimatet ist, u. a. auch in Gestalt der griechisch-katholischen Kirche. Allerdings erscheint die Al-

ternative eines Anschlusses an Russland für den Ostteil der Ukraine nach der dortigen Augustkrise 1998 und den aktuellen innenpolitischen Instabilitäten (zweiter Tschetschenien-Krieg) vorerst wenig attraktiv.

Die wirtschaftliche Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft bedeutete für beide Staaten bislang gewaltige Anstrengungen, verbunden mit zahlreichen ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen. Polen verzeichnet nach schmerzvollen Einbrüchen von Wirtschaft und Lebensstandard der Bevölkerung durch die Einführung des Balcerowicz-Plans 1990 in den letzten Jahren wirtschaftliche Erfolge. Der Wohlstand der Gesellschaft wächst stetig. In der Ukraine dagegen dauert die Krise seit der Unabhängigkeit unvermindert an, die wirtschaftliche Umgestaltung verläuft schleppend und wenig konsequent, Massenverarmung greift um sich, und die Prognosen für die nächsten Jahre sind schlecht (PÜTZ 1998; KEMPE 1998; DIW 1998). Diese makroökonomischen Rahmenbedingungen beeinflussen auch die Entwicklung der Grenzregionen, wie im Folgenden gezeigt werden soll. Bereits in der Periode von 1945-89 entstandene Unterschiede verstärken sich und lassen das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den Nachbarregionen größer werden.

Zur sozioökonomischen Situation nach der Wende

Wirtschaftliche Transformation

Südostpolen war vor 1989 geographisch und wirtschaftlich eine periphere Region. Eine besondere Disproportion bestand zwischen der "Industrialisierung ohne Urbanisierung" (MALIKOWSKI 1998) im Zuge der Errichtung des

Zentralen Industrieviers (COP) ab 1937 bzw. nach 1945, was bedeutete, dass die wirtschaftliche Entwicklung den ländlichen Charakter der Region nicht veränderte und die intraregionalen Diskrepanzen verstärkte. Es entstanden einige große Staatsbetriebe verschiedener Branchen (Maschinen- und Fahrzeugbau, Brennstoff- und Energiegewinnung, Elektrotechnik, Baustoffindustrie, chemische Industrie, Glasindustrie, Nahrungsmittel), unter denen das Autobuswerk in Sanok, die Rüstungsbetriebe in Mielec und Rzeszów, die Erdölraffinerien in Jaroslaw und Krosno sowie die Zuckerraffinerie in Ropczyce zu den wichtigsten gehörten. Die Landwirtschaft lag auch in der sozialistischen Zeit zum größten Teil in den Händen der Privatbauern, welche sich erfolgreich der Kollektivierung widersetzt hatten. Die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe (PGR) im Osten und Südosten der Region spielten gegenüber den Bauernhöfen nur im lokalen Maßstab eine Rolle. Sie wurden nach 1989 schrittweise liquidiert und das Land einer staatlichen Aufsichtsbehörde übergeben.

Die Umstrukturierung der ökonomischen Basis verläuft in Südostpolen nach 1989 langsamer als in anderen Landesteilen. Die Privatisierung kam bis 1998 eher schleppend voran und erreicht nicht das Durchschnittsniveau in Polen. Ungeachtet dessen beschäftigt der private Sektor heute 66,5 % der Arbeitskräfte und erzeugt etwa 38,3 % der Produktion, der Anteil am BIP ist mit 47,7 % verhältnismäßig hoch (vgl. Tab. 3). Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass das Gros der Privatbetriebe noch immer auf die Kleinlandwirtschaft entfällt und somit das Gesamtbild verzerrt wird (vgl. RÖSSNER u. a. 1998). Die Schließung

Wojewodschaft	private Betriebe mit Auslandskapital		Beschäftigte in Joint ventures	ausländ. Kapital pro Einwohner*
	1995	1997	1994	1994
Krosno	37	65	3.632	8,9
Przemyśl	27	41	1.237	55,9
Rzeszów	119	192	2.396	38,4
Südostpolen	183	298	7.265	34,4
POLEN	22.940	32.942	373.852	100,0

* Index-Wert: polnischer Durchschnitt = 100

Tab. 3: Ausländisches Kapital in Südostpolen 1994-1997

Quellen: RÖSSNER 1998, S. 66; LODKOWSKA-SKONECZNA, PYSZKOWSKI und SZLACHTA 1996, Tab. 15/19; GUS: Rocznik Statystyczny Województw 1998

zahlreicher Betriebe oder aber die drastische Reduzierung der Produktion traf in erster Linie die Schwer- und Rüstungsindustrie in Mielec und Rzeszów, deren Produkte nach dem Zusammenbruch des Haupthandelspartners UdSSR keinen Absatzmarkt mehr fanden. Im Gegensatz zum landwirtschaftlichen und Industriesektor nahm der Handels- und Dienstleistungsbe- reich nach dem Umbruch einen bemerkenswerten Aufschwung, es kam zur Gründung vieler kleiner und Kleinstbetriebe, auch im ländlichen Raum (Werkstätten, Läden, Transportunternehmen), zur Entwicklung städtischer Basare bzw. des Markthandels sowie zu einem "Boom" nicht-materieller Dienstleistungsunternehmen (Steuer- und Marketingagenturen, Übersetzungsbüros, Consultingfirmen, Planungsstellen) vor allem in den Städten. In Mielec wurde 1993 eine Sonderwirtschaftszone auf dem ehemaligen Gelände der Flugzeugwerke errichtet, die zur Abmilderung der lokalen Erwerbskrise beitragen soll (STACHOWICZ 1998). Neue Probleme für alle 17 Sonderwirtschaftszonen in Polen erwachsen heute aus der Tatsache, dass ihre Steuerbedingungen den Bestimmungen von EU und WTO entgegenstehen, welche die Vergünstigungen als Wettbewerbsverzerrung kritisieren. Die Zukunft der Zonen ist noch nicht geklärt (vgl. Wirtschafts- Markt Polen 6/1999).

Ein weiteres Hemmnisse für einen Wirtschaftsaufschwung ist im Mangel an endogenem Kapital zu sehen, sowohl aus finanzieller Sicht als auch in Bezug auf die Bereitschaft zum privaten Wirtschaftsengagement der Menschen, welche häufig noch "in alten Mustern denken". Das Interesse ausländischer Investoren an den südostpolnischen Wojewodschaften ist bisher sehr gering (vgl. Tab. 3). Lediglich in einigen Städten wie Rzeszów oder Jarosław befinden sich größere Joint-ventures mit ausländischen Direktbeteiligungen aus westeuropäischen Staaten und den USA. Überdies stellen die schlechte Verkehrs- und Business-Infrastruktur reale Hemmnisse für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Südostpolens dar: Der Bau der Autobahn A-4 von Kraków über Rzeszów nach Lwiw wurde bis 2030 verschoben. Der Umfang ausländischer Direktinvestitionen beträgt nur etwa ein

Drittel des Landesdurchschnitts, die Zahl der Angestellten im Finanz- und Versicherungssektor liegt ebenso vergleichsweise niedrig (LODKOWSKA-SKONECZNA, PYSZKOWSKI und SZLACHTA 1996).

Die privatbäuerliche Landwirtschaft Südostpolens ist durch kleine Betriebsflächen (Tab. 4), einen hohen Arbeitskräftebesatz (38 AK pro 100 ha, Polen dagegen durchschnittlich nur 22), einen geringen Mechanisierungsgrad sowie eine Produktionsineffizienz gekennzeichnet. Sie bildet mit diesen Strukturen eines der Haupt- hemmnisse auf dem Weg Südostpolens zu einer polyfunktionalen Industrie- und Agrarregion sowie auf dem Weg in die EU. Dennoch ist sie unverändert ein wesentlicher Faktor des Selbstverständnisses der Bevölkerung auf dem Lande (JAKSCH, MERTENS und SIEBERT 1997; STASIAK und ZGLIŃSKI 1997).

Die Industrialisierung der Nachkriegszeit führte zu bedingten Erfolgen (Stärkung der Wirtschaftskraft der Region, Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten), aber auch zu neuen Disproportionen (zwischen Industrialisierung und Urbanisierung, Stadt und Land) und zu keiner Lösung der Landwirtschaftsprobleme der Region (MALIKOWSKI 1998). Dies ist auch ein Grund für die Transformationskrise der Wirtschaft nach 1989, welche sich besonders hart auswirkte.

Der Markthandel entwickelte sich nach 1990 stark. Die meisten der in und am Rande der Städte errichteten Märkte wurden inzwischen legalisiert. Aber es besteht immer noch ein großer informeller Bereich (v. a. im

Grenzhandel). Dem Markthandel, welcher sich ursprünglich als Überlebensstrategie entwickelt hatte, kommen mittlerweile verschiedene Funktionen zu (auch Export- und Großhandelsfunktion). Insbesondere in den Städten und Grenzgemeinden sind Tausende in erster Linie nicht registrierte Arbeitsplätze mit dem Handel verbunden, der nicht unerheblich zur privaten Wirtschaftsentwicklung (sowohl Produktions- als auch Dienstleistungs-

	Betriebsgröße				
	1-2 ha	2-5 ha	5-10 ha	10-20 ha	> 20 ha
Südostpolen	35,4	47,4	14,8	1,9	0,4
POLEN insg.	22,7	32,7	25,5	15,0	4,1

Tab. 4: Betriebsgrößenstruktur in der privaten Landwirtschaft in Südostpolen in % (1997)

Quelle: GUS: Rocznik Statystyczny Województw 1997

bereich) beiträgt (PÜTZ 1999; POWĘSKA 1995a und b, 1998; Tab. 5).

Die Oblast Lwiw war bis 1991 im Rahmen der Ukrainischen SSR und UdSSR insgesamt ebenfalls eine periphere Region, zugleich jedoch eine der "europäischsten" durch ihre historische Entwicklung und der früheren Zugehörigkeit zum habsburgischen Imperium. Überdies befindet sich in Lwiw und seinen umgebenden Klein- und Mittelstädten (v. a. Stryj, Drohobytsch, Sambir, Borislav, Tschernowohrad, Nowy Rosdol) ein Industriezentrum der westlichen Ukraine auf der Basis der Rohstoffförderung und -verarbeitung (Erdöl, Erdgas, Steinkohle, Schwefel, Kalisalze, Holz). Die Oblast zählt deshalb insgesamt zu den wirtschaftlich gut entwickelten Regionen des Landes. Prägend wurden v. a. der Maschinenbau sowie die chemische und Brennstoffindustrie (vgl. RÖSSNER u. a. 1998; SIMONENKO 1997). Seit 1991 vollzieht sich ein Wandel der Industrieproduktionsstruktur: gegenwärtig spielen die Nahrungsmittelindustrie, der Kohlebergbau und Maschinenbau, die Papier- und Zelluloseherstellung, die Textilindustrie so-

Wojewodschaft	Anzahl der Märkte	Verkaufsfläche in m ²	Anzahl der Verkaufspunkte	davon täglich geöffnet
Krosno	25	66.018	1.283	1.192
Przemyśl	29	92.147	3.031	2.102
Rzeszów	44	188.121	1.252	1.186

Tab. 5: Tages- und Wochenmärkte in Südostpolen im Jahre 1998

Quelle: GUS: Rocznik statystyczny województw 1998

wie die Elektroenergiegewinnung die wichtigste Rolle.

Nach 1991 erfolgte – wie in der gesamten Ukraine – ein ständiger Rückgang der wirtschaftlichen Leistung als Folge des Zusammenbruchs der traditionellen Absatzmarkt- und Lieferbeziehungen innerhalb der ehemaligen UdSSR. Sowohl die Industrie als auch die staatliche Landwirtschaft waren hiervon betroffen. Der Anteil der Oblast am BIP der Ukraine (die sich insgesamt in einer wirtschaftlichen Dauerkrise befindet, welche sich Jahr für Jahr verschärft hat), fiel von 1990 bis 1997 von 5,3 % auf 3,9 %, der entsprechende Anteil der Industrieproduktion sank im gleichen Zeitraum von 5,3 % auf 3,1 %. Der Beitrag der Oblast zum Bruttoinlandsprodukt der Ukraine fiel aufgrund des Rückgangs der Maschinen- und metallverarbeitenden Industrie von 1991-95 von 5,5 % auf 3,7 % (SIMONENKO 1997; Tab. 6). Die reale Industrieproduktion von 1995 erreichte nur etwa 40 % des Standes von 1990 (CLEMENT 1997). Zahlreiche Betriebe produzieren de facto nicht, die Wasser- und Stromversorgung insbesondere der Großstadt Lwiw ist aus diesen Gründen nicht das ganze Jahr über durchgängig gewährleistet. Den Perspektiven für eine kurz- und mittelfristige regionalwirtschaftliche Stabilisierung, welche sich für die Oblast Lwiw in erster Linie durch die Gründung zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe sowie die Nutzung regionaler Potenziale wie der Grenznähe zu Polen oder dem touristischen Potenzial der Region bieten, stehen jedoch die aufgezeigten makroökonomischen und strukturelle Hemmnisse entgegen (DIW u. a. 1998).

Ein Weg aus der andauernden Regression ist zweifelsohne die Privatisierung, welche in der Ukraine bislang jedoch eher schleppend verläuft und weder über die erforderlichen finanziellen, juristischen bzw. institutionellen Rahmenbedingungen verfügt (vgl. Tab. 6 und LEWSCHIN 1999; LÜDEMANN 1995). Die westlichen Grenzregionen sind insgesamt bislang wenig interessant für Investitionen aus dem Ausland (MAKSIMTSCHUK 1998). Dennoch zeichnet sich die Oblast Lwiw ein positiver Trend ab: Zur Jahreswende 1996/97 waren 4 509 Betriebe privatisiert worden (Statistisches Jahrbuch der Ukraine 1996, S. 363). Zum

Anteil der Industrieproduktion nach Eigentumsverhältnissen zum BIP im Jahre 1996	Aktiengesellschaften	56,60%
	Staatseigentum	34,60%
Anteil der Oblast am Bruttoinlandsprodukt der Ukraine	1991 –	5,5 %
	1993 –	4,0 %
	1995 –	3,7 %

Tab. 6: Daten zur Wirtschaftstransformation in der Oblast Lwiw 1991-1996

Quellen: SIMONENKO 1997, S. 42; Statistisches Jahrbuch der Ukraine 1996, S. 325

1.12.1998 waren es bereits 8 371, vor allem im Bereich des Handels und Transportwesens. Der private Sektor beschäftigt heute 208 000 Personen in der Oblast (ein Fünftel aller Erwerbstätigen).

In der Landwirtschaft wurden die Großbetriebe (Kolchosen, Sowchosen) größtenteils aufgelöst, gegenwärtig existieren mehrere Eigentumsformen nebeneinander: es gibt staatliche, neue genossenschaftliche und private Betriebe sowie 1 189 echte Privathöfe mit einer durchschnittlichen Größe von 10 ha und einer Gesamtfläche von 12 600 ha. Diesen Höfen, die sich zum großen Teil auch auf die Viehwirtschaft konzentrieren, verdankt die Landwirtschaft das Anwachsen ihres Anteils am BIP der Oblast von 1990-1997 von 4,0 auf 4,3 %. Damit wird deutlich, dass neben der Industrie der agrare Bereich auch heute eine tragende Rolle in der regionalen Wirtschaft spielt: 58 % ihrer Fläche werden landwirtschaftlich genutzt, weitere 28 % sind Waldflächen. Daneben versorgt die Landwirtschaft heute zahlreiche de facto Arbeitslose aus den Städten mit Saisonjobs und Lebensmitteln, und nicht wenige ehemalige Arbeitspendler versuchen nun von ihrem einstigen Nebenerwerb zu leben: aus den "Mondscheinbauern" sind – ähnlich wie in Südostpolen – Haupterwerbslandwirte geworden, die von der eigenen Produktion kaum leben können (vgl. SZABLIJ 1997). Nachteilig auf die Landwirtschaft wirken sich z. T. erhebliche Umweltbelastungen auf dem Territorium der Oblast Lwiw infolge von Wasserverschmutzung und Belastungen durch die Erdölindustrie aus (vgl. dazu RÖSSNER u. a. 1998).

Erwerbssituation und soziale Probleme

Sowohl in Polen als auch in der Ukraine vollzogen sich nach 1989/1991 grundlegende Veränderungen im Erwerbsbereich. Das Prinzip der Vollbe-

schäftigung musste mit der Umstrukturierung der wirtschaftlichen Basis von der Plan- zur Marktwirtschaft aufgegeben werden. In Polen führte der Balcerowicz-Plan schon 1990/91 zu einem schnellen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die südostpolnischen Regionen mit ihrer landwirtschaftlichen Prägung und schwachen bzw. oftmals monofunktionalen Industrialisierung waren durch die Folgen des Wirtschaftsumbaus nach 1990 stärker betroffen als andere Landesteile. Die regionalen Arbeitslosenquoten liegen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt stetig über dem Landesdurchschnitt.

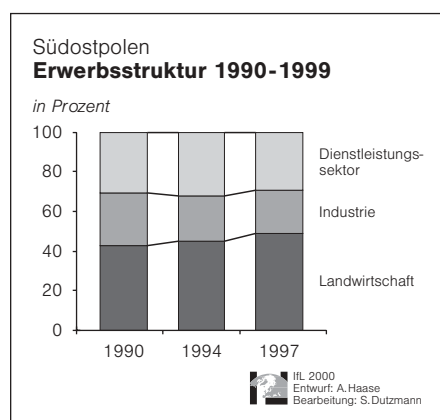
Der Arbeitsmarkt war nach der politischen Wende und im Zuge der wirtschaftlichen Transformation einem vielseitigen Wandel unterworfen. Zunächst ging die Beschäftigung vor allem in der Industrie stark zurück. Besonders betroffen waren dabei Zentren der Schwerindustrie und des Maschinenbaus wie Mielec, Rzeszów, Sanok u. a. Die Entlassungen der ersten Hälfte der 90er Jahre trafen zuerst die Arbeitspendler, die sogenannten Arbeiter-Bauern oder Doppelberufler. Diese verfügen neben der Arbeit in der Industrie zumeist noch über eine kleine Hofwirtschaft mit einer Größe von wenigen Hektar. Da eine Existenz von der Landwirtschaft aufgrund deren Kleinflächigkeit jedoch in den meisten Fällen nicht möglich ist, sind die Entlassenen auf einen Erwerb im Dienstleistungssektor angewiesen oder aber auf die eigene privatwirtschaftliche Initiative (Kleinstunternehmen ohne Startkapital). Neben den ehemaligen Pendlern strömen auch Arbeitslose aus den Städten auf die familieneigenen Höfe – so lässt sich zum einen erklären, dass in Südostpolen im Gegensatz zum Landestrend der Erwerbsanteil der Landwirtschaft nach 1990 noch zugenommen hat (er liegt etwa bei 50 %). Zum anderen wird dadurch das Problem der strukturellen und versteckten Arbeits-



Foto 1: Privatbäuerliche Landwirtschaft in Südostpolen
Foto: Haase, 1997

losigkeit im ländlichen Raum transparent, welches zu den schwierigsten sozioökonomischen Hemmnissen für eine erfolgreiche Regionalentwicklung gezählt werden muss (Abb. 2 und Foto 1).

Die Strukturdaten zur Arbeitslosigkeit in Südostpolen in Tabelle 7 zeigen, dass die Mehrzahl der Arbeitslosen auf dem Land lebt, aber auch, dass viele von ihnen eine nichtlandwirtschaftliche Ausbildung besitzen. Unter ihnen entfallen zwei Drittel auf Vertreter der jüngeren Altersgruppen von 18-34 Jahren, etwa die Hälfte aller registrierten Erwerbslosen sind langzeitarbeitslos (über 12 Monate). Viele Absolventen finden entweder nach der Schule keine Lehrstelle oder nach der Berufsausbildung keine Arbeit. Nur jeder fünfte



* Landwirtschaft,
** Dienstleistungssektor

Abb. 2: Erwerbsstruktur Südostpolen 1990, 1994 und 1997;

Quelle: GUS: Rocznik statystyczny 1991, 1995, 1998

Erwerbslose hat Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (Tab. 7).

Ein besonderes Problem stellen in diesem Rahmen die ehemaligen Be-

Kriterium	1992	1994	1997
Arbeitslosenquote	15,7	18,0	12,6
Arbeitslose auf dem Land	k. A.	59,3	67,7
Arbeitslose außerhalb der Landwirtschaft	36,3*	37,1	27,3
Arbeitslose mit Grundschulausbildung	70,5	71,7	71,9
Arbeitslose im Alter von 18 - 34 Jahren	77,7	71,1	67,5
Anteil der seit über 12 Monate Arbeitslosen	53,9	47,6	49,7
Arbeitslose ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung	52,9	52,5	69,4

* Daten von 1993

Tab. 7: Strukturdaten zur Arbeitslosigkeit in Südostpolen 1992-1997 (in %)

Quellen: KUP 1994-1998; GUS 1991-1998, unveröff. Daten der Arbeitsämter

schäftigten der staatlichen Land- und Forstwirtschaftsbetriebe (państwowe gospodarstwa rolne/PGR) dar. Obwohl es in Südostpolen nur wenige dieser Betriebe gegeben hat, bestehen nach deren Liquidierung bis 1994 für die dort beschäftigten Arbeiter kaum Erwerbsalternativen. Die meisten von ihnen leben von Arbeitslosenunterstützung, Frührente oder Sozialhilfe (hier spricht man auch von sog. agrarer Arbeitslosigkeit).

Dass die Erwerbskrise bislang noch zu keinen gravierenden sozialen Notlagen großer Teile der Bevölkerung geführt hat, liegt darin begründet, dass die Entlassenen verschiedene Alternativen gefunden haben, um die individuelle Situation zu meistern. So finden sie Arbeit im Dienstleistungssektor, vor allem im Handel, zum großen Teil im

informellen Bereich. Ein Teil nutzt auch die Freisetzung aus dem ursprünglichen Erwerbsverhältnis zur privaten Initiative – und gründet ein eigenes Kleinunternehmen, zumeist mit sehr geringem Startkapital oder “in der Garage” des elterlichen Hofes. Infolgedessen entwickelte sich der kleine Dienstleistungssektor auch im ländlichen Raum stark, sehr zum Nachteil der kleinen Landstädte (sog. Städtchendorfer), welche ihre diesbezügliche Versorgungsfunktion für die umliegenden Dörfer zunehmend einbüßen. Eine Alternative bieten auch saisonale Erwerbsaufenthalte im westlichen Ausland, vornehmlich in Deutschland. Die Anzahl der registrierten Erwerbsmigranten aus Südostpolen nach Deutschland stieg von 1 500 im Jahre 1991 auf fast 8 000 im Jahre 1998. Man kann außerdem davon ausgehen, dass die Zahl der nicht registrierten Migranten mindestens ebenso hoch ist, woraus sich die Bedeutung der Erwerbsmigration

als Entlastungsfunktion des regionalen Arbeitsmarktes in Südostpolen ableiten lässt (Abb. 3).

Das reale Ausmaß der Erwerbskrise ist infolge des weitreichenden informellen oder Graumarktsektors, der nicht registrierten Arbeitsverhältnisse, der versteckten Arbeitslosigkeit sowie der illegalen Beschäftigung zahlreicher registrierter Arbeitsloser nur schwer einschätzbar. Dennoch steht für die Zukunft die Lösung folgender Probleme aus, die u. a. im Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft in Klempolen (The Małopolska Programme for the rural development ... 1998) formuliert werden (vgl. die Studie von STASIAK und ZGLIŃSKI 1997):

- die Bekämpfung/Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit,



Abb. 3: Entwicklung der Erwerbsmigration nach Deutschland in Südostpolen in den 90er Jahren

Quelle: unveröff. Daten der Arbeitsämter in Krosno, Przemyśl und Rzeszów

- die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb des agraren Sektors im ländlichen Raum (ca. 200 000) als zentrales Problem der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik,
- die Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte für den Erwerbsbereich im ländlichen Raum (spezialisierte Familienbetriebe, ökologische Landwirtschaft, Mischstruktur mit Tourismus/Dienstleistungen),
- Förderung der Entwicklung leistungsfähiger kleiner und mittlerer Produktionsbetriebe (wie z. B. im Rahmen der Sonderwirtschaftszone "Europark" Mielec),
- Maßnahmen zur Diversifizierung der sozioökonomischen Grundlagen in monofunktionalen Regionen sowie
- der Ausbau der transregionalen wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen (vgl. unten).

In Südostpolen liegen der Durchschnittsverdienst und der Lebensstandard nach wie vor deutlich unter dem Landesdurchschnitt - der durchschnittliche Bruttoverdienst in Polen lag Ende 1997 bei 1066 Złoty, in Südostpolen nur bei 902 Złoty. Transformationsbedingte Probleme wie Verarmung, Desintegration sowie Erscheinungen von Desozialisierung und deviantem Verhalten (z. B. Kriminalität) zeigen sich sowohl in ländlichen Regionen als auch in den von der Wirtschaftskrise betroffenen Städten, bei Langzeitarbeitslosen wie etwa den ehemaligen Beschäftigten der staatlichen Land- und Forstwirtschaftsbetriebe oder früheren Er-

werbspendlern, welche nach ihrer Entlassung keine neue Arbeit finden konnten (vgl. TUZIAK 1995; MALIKOWSKI, GRZESIK und SOLECKI 1997).

Jedoch lassen sich auch positive Tendenzen erkennen: Zum einen kommt die Bevölkerung seit Mitte der 90er Jahre zunehmend in den Genuss der wirtschaftlichen Erfolge der polnischen Transformation (PÜTZ 1998).³ Zum anderen hat ein beträchtlicher Teil der Entlassenen einen Erwerb im informellen Sektor gefunden, vor allem im Marktverkauf und grenzübergreifenden Handel (vgl. unten), aber auch in Form von Saisonmigrationen nach Westeuropa, vornehmlich in die Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche Arbeitslose in den Städten und im ländlichen Raum versuchen darüber hinaus, private Kleinunternehmen zu betreiben, deren finanzieller und personeller Hintergrund oft wenig gesichert ist und die eine hohe Fluktuationsrate besitzen (HAASE 1998b).

Soziale Risikogruppen bilden neben den ehemaligen Beschäftigten der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe (PGR) vor allem Langzeitarbeitslose im ländlichen Raum sowie Absolventen von Berufs- oder Fachschulen, die eine gegenwärtig wenig gefragte Ausbildung (z. B. VerkäuferIn, Friseur usw.) beendet haben (MALIKOWSKI, GRZESIK und SOLECKI 1997).

Der neue Wohlstand bzw. das in informellen Nebenerwerbstätigkeiten verdiente Geld wird zumeist für den Erwerb von Luxusgütern bzw. zur Steigerung des materiellen Lebensstandards ("na pokaz"/zur Schau) verwendet. Großzügige Neubauten von Ein- oder Mehrfamilienhäusern fast in jedem Dorf zeugen ebenso davon wie die enorme Zunahme von privaten Pkw. Soziologisch betrachtet verbinden sich hier Bäuerlichkeit und altes Adelsbewusstsein, der "bäuerlich-galizische Armut- und Rückständigkeitskomplex und das Streben nach adeliger Sorglosigkeit" (MALIKOWSKI 1996).

In der Oblast Lwiw sind von den 1,095 Mio. Beschäftigten 21 % in der Industrie, 10 % im Dienstleistungs- und Bildungssektor, 8 % in der staatlichen und genossenschaftlichen sowie 17 % in der privaten Landwirtschaft tätig (1997). Die seit 1991 anhaltende Wirtschaftsregression hat zunehmend Entlassungen und einen Anstieg der

Arbeitslosenzahlen zur Folge. Heute wird in vielen Betrieben nicht produziert und die Arbeiter und Angestellten erhalten kein Gehalt bzw. werden "ersatzweise" mit den Produkten des Betriebes bezahlt. Die Zahlungsverzögerungen ziehen sich dabei oft um Monate hin, wodurch die Betroffenen nicht nur faktisch ohne Beschäftigung sind, sondern auch über keinerlei finanzielle Einnahmen verfügen. Zu den direkten Folgen sind Verarmung und materielle Not breiter Schichten der Bevölkerung und quer durch alle Erwerbsbereiche und Bildungsschichten zu zählen.

In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit jedoch auch offiziell angestiegen, es gibt mehr Entlassungen, hauptsächlich, da formale Entlastungsmechanismen fehlen (z. B. Schaffung alternativer Erwerbsmöglichkeiten). Der Anteil von Kurzarbeit, formaler Beschäftigung ohne pünktliche Lohnauszahlung oder Zwangsbeurlaubungen steigt (DIW u. a. 1998; TURANSKI 1997).

Die Arbeitslosigkeit lag offiziell lange Zeit sehr niedrig, so Ende 1995 bei 1,0 % und Ende 1996 bei 2,4 %. Binnen drei Monaten bis Ende März 1997 stieg sie jedoch bereits auf 3,1 % (Tab. 8). Am höchsten liegt sie in Lwiw selbst (1996 16,2 %, im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum von 260 %) sowie in den Städten Drohobysch, Sambir und Stryj bzw. den Kreisen Horodok und Jaworiw (von 5,5-11 %, vgl. Ökonomische Referate des Ministeriums für Statistik und besondere Angelegenheiten 1997, Ministerium für Statistik der Ukraine 1997). Alle aufgeführten Angaben geben jedoch nur in sehr begrenztem Maße Auskunft über die tatsächliche Erwerbssituation der Bevölkerung.

Betrachtet man beispielsweise Angaben über die arbeitssuchende Bevölkerung im Alter von 15-70 Jahren, in die Gruppen von Rentnern und Auszubildenden eingeschlossen sind, ergibt sich bereits ein anderes Bild (vgl. obige Statistiken). Hier liegt die Zahl der Erwerbslosen in der Oblast bereits

³ BIP-Wachstum 1995-1998 über 6 %, Produktionswachstum seit 1993 stetig, Reallohnwachstum seit 1995 über 3 % jährlich, Arbeitslosenquote sinkt seit 1994 kontinuierlich, Investitionsquote steigt - 1993 15,9 % des BIP, 1998 21,3 % (Quelle: DIW u. a. 1998, S. 38f.)

Monat/Jahr	Januar 1996	Januar 1997	April 1997
Arbeitslose in 1.000	15,5	36,5	46,1
Quote	1,0	2,4	3,1

Tab. 8: *Registrierte Arbeitslosigkeit in der Oblast Lwiw 1996/1997*

Quellen: Ökonomische Referate des Ministeriums für Statistik und besondere Angelegenheiten 1997; Ministerium für Statistik der Ukraine 1997

bei 100 000 bis 200 000 Personen (für die Jahre 1995 und 1996). Als nicht beschäftigt im arbeitsfähigen Alter erfasst die Statistik darüber hinaus für das Jahr 1995 278 000 Personen. Ein Indiz für die Absorption vieler Entlassener durch die Landwirtschaft und den informellen Sektor ist die Tatsache, dass die Zahl derjenigen, die im familiären Nebenerwerb beschäftigt sind, von 1990 bis 1995 von 177 000 auf 459 000 Personen gestiegen ist.

Schätzungen gehen von einer enorm hohen tatsächlichen Arbeitslosigkeit aus (Schätzwerte von 30 bis 60 % der arbeitsfähigen Bevölkerung). Das Problem der versteckten Arbeitslosigkeit dürfte hier eine wichtige Rolle spielen (vgl. PETROWA 1996). Eine Expertenbefragung in Lwiw in den Jahren 1997/98 kam zu dem Ergebnis, dass gegenwärtig mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Oblast nicht regulär Gehalt bezieht und somit auf Nebenverdienste angewiesen ist. Zudem liegen die monatlichen Einkommen – wenn sie ausgezahlt werden – so niedrig, dass sie oft zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Der Durchschnittsverdienst in der Oblast liegt bei ca. 100 DM, die Höhe der staatlichen Rente bei etwa 50 DM.

Ausgehend von dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass Zuverdienste im informellen Sektor (geschätzt bei etwa 30-40 % aller Arbeitsfähigen) eine wesentliche Rolle im täglichen Kampf der Bevölkerung um die Sicherung ihrer materiellen Existenz spielen. Neben der Versorgung durch Verwandte aus dem westlichen Ausland, Saisonbeschäftigungen in der privaten Landwirtschaft und dem Produktaustausch zwischen Stadt und Land (Foto 2) spielen hier der grenzüberschreitende Handel und die saisonale, illegale Erwerbsmigration nach Südostpolen eine wichtige Rolle. In der Folge entwickelte sich eine rege regionale bzw. lokale Kooperation im Bereich des Basar- und Kleinhandels sowie zunehmend auch des Großhandels (vgl. unten).

Die Wirtschafts- und Erwerbskrise führte zu einer drastischen Verschlechterung des Lebensstandards nach 1991 sowie zu einer massiven Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung. Der Durchschnittsverdienst in der Oblast liegt noch unterhalb des ukrainischen Mittels. Mehr als 60% werden durchschnittlich für Lebensmittel ausgegeben, die Miete kann oft nicht bezahlt werden und es entstehen Schuldenlas-

ten. Die Devaluation der ukrainischen Währung Hriwna im August 1998 verteuerte auch die bis dahin begehrten Importwaren aus Polen, und ein Ende der Krise ist nicht abzusehen. Stark betroffen von Lohnrückständen bis zu einem halben Jahr sind die Beschäftigten des staatlichen Sektors und des öffentlichen Dienstes, unter Verarmung leiden besonders die städtische erwerbslose Bevölkerung, Alleinerziehende und Rentner. Das Gesundheitswesen ist schwer beschädigt, so ist beispielsweise in der 80 000 Einwohner zählenden Industriestadt Drohobytsh das kommunale Krankenhaus geschlossen. Es wachsen Hoffnungslosigkeit und Passivität unter der Bevölkerung. Dennoch versucht ein Teil der Bevölkerung, die persönliche oder familiäre Einkommenssituation durch informelle Beschäftigungen zu verbessern, die zu einem beträchtlichen Teil auf den Straßen- und Markthandel oder aber den grenzübergreifenden Handel mit Polen und insbesondere Südostpolen entfallen (HAASE 1998b).

Grenzüberschreitende Beziehungen und Kooperation

Mit der Freigabe des Grenzverkehrs im Jahre 1991 hat der grenzüberschreitende Personen- und Güterverkehr enorm zugenommen. Jährlich werden Millionen von Grenzpassagen (z. B. 1997 über 6 Mio. in beide Richtungen) registriert. Besonders in den ersten Jahren nach der Öffnung der Grenze bildeten die geringe Anzahl der Grenzübergänge sowie die unzureichende verkehrstechnische Infrastruktur an der Grenze und der wichtigsten Straßen- und Bahnverbindungen beachtliche Hemmnisse für den Grenzverkehr. Der nach wie vor frequentierteste Grenzübergang zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw befindet sich bei Medyka/Schehiny. 1997 wurde mit Korczowa/Krakowjez ein neuer, modern ausgebauter Übergang eröffnet, der jedoch durch die schlechten Zufahrtsbedingungen das Aufkommen von Medyka/Schehiny bei weitem noch nicht erreicht. Unstimmigkeiten bestehen jedoch bereits jetzt zwischen der Stadt Przemyśl, die durch den Grenzübergang profitiert, und den Verfechtern des neuen Übergangs bei Korczowa, der den Vorteil einer geraden Streckenführung nach Lwiw aufweist, während die bisherige Strecke über



Foto 2: *Informeller Handel zwischen Stadt und Land – Gemüseverkauf in Lwiw*

Foto: Haase, 1998

Jahr	einreisen			ausreisen		
	Insgesamt	Polen	Ausländer	Insgesamt	Polen	Ausländer
1991	4,17	1,39	3,32	4,53	1,34	3,14
1992	3,31	0,99	2,32	3,42	1,09	2,33
1993	2,47	0,70	1,77	2,54	0,78	1,76
1994	2,75	0,51	2,25	2,82	0,56	2,25
1995	3,50	0,41	3,12	3,51	0,47	3,04
1996	3,60	0,39	3,12	3,51	0,49	3,13
1997	2,97	0,32	2,65	2,98	0,45	2,53
1998	2,72	0,56	2,16	2,72	0,58	2,14

Tab. 9: Grenzüberschreitende Migration in Südostpolen 1991-1998 in Mio. Personen
 Quellen: KITOWSKI 1995, S. 294 und GUS: Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce w latach 1994-1996, 1997, 1998

Przemyśl einen "Umweg" macht. Im Bereich der östlichen Beskiden befindet sich ein kleiner Übergang bei Krościenko/Smolniza, welcher für den bilateralen Grenzverkehr zwischen den Nachbarstaaten Polen und Ukraine von Bedeutung ist.

Die offene Grenze wird von sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Motiven genutzt (vgl. Tab. 9, Abb. 4 und 5). Nach Polen reisen vor allem Ukrainer und Bürger anderer GUS-Staaten ein. 1994 bildeten sie etwa zwei Drittel aller eingereisten Ausländer, 1997 etwa 30 % aller Einreisen über die oben genannten Grenzübergänge. In die Ukraine reisen im Vergleich dazu weit aus weniger Polen. Betrachtet man die Motive für den Grenzübertritt, so spielen auf polnischer Seite vor allem der Tourismus, besonders in der Form des sogenannten "nostalgischen Tourismus" bzw. von Kurzreisen eine Rolle. Von wachsender Bedeutung sind zunehmend Geschäftsreisen. Die Ukrainer reisen in erster Linie zum Handeln und im Rahmen des sogenannten Ein-

kaufstourismus nach Polen sowie zur Aufnahme saisonaler Erwerbstätigkeiten im Nachbarland. Weniger ins Ge-

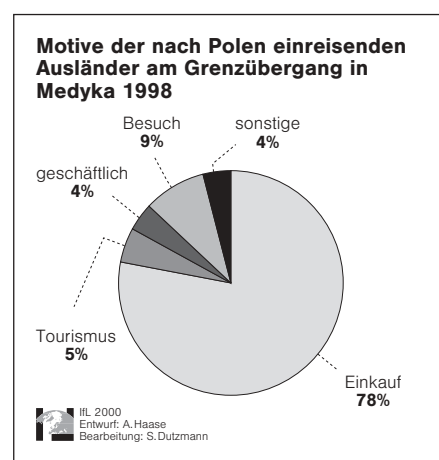


Abb. 5: Motive der nach Polen einreisenden Ausländer am Grenzübergang in Medyka 1998

Quellen: GUS: Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce 1994-1996, Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce oraz Polaków za granicę 1997 und 1998

wicht fallen dagegen private Besuche, Geschäftsreisen und touristische Reisen. Darüber hinaus wird die polnisch-ukrainische Grenze von einer beachtlichen Zahl von "Transitreisenden" aus Ost- und Südosteuropa nach Westeuropa überquert.

Bereits in den ersten Monaten nach der Grenzöffnung entwickelte sich der regionale Basarhandel auf der polnischen Seite der Grenze (POWĘSKA 1995). Infolge der Wirtschaftskrise in der Ukraine und der Zahlungsrückstände, von denen ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung betroffen ist, bot der Handel eine vergleichsweise sichere, unkomplizierte und kurzfristige Alternative, den persönlichen und familiären Lebensunterhalt zu verdienen. Zugleich bildeten der Handel und sein Umfeld eine Erwerbsmöglichkeit

für arbeitslos Gewordene auf polnischer Seite, so dass man von einer "regionalen Symbiose" sprechen kann. Vor allem in den grenznahen Städten und Gemeinden entstanden nach 1991 große Basarflächen, wo die Händler aus der Ukraine ihre Produkte anbieten. Die ansässige Bevölkerung nutzte die billigen Einkaufsmöglichkeiten in ganz erheblichen Maße und die Basare wurden zu einem festen Bestandteil des lokalen und sogar überlokalen Marktes (HAASE 1998a; POWĘSKA 1995-1998).

Die Jahre 1993/94 markierten einen Wandel des Grenzhandels. Die Ukrainer führten anstatt Waren Devisen ein und importieren polnische Waren in die ukrainischen Grenzgebiete und von dort aus weiter ins Landesinnere. Zahlreiche kleine und mittlere Firmen in Südostpolen spezialisierten sich auf die Herstellung solcher Waren, welche die ukrainischen Käufer bevorzugen, und wurden somit mehr oder weniger abhängig vom Einkaufstourismus. Vorrangig erworben werden von den ukrainischen Handels-Touristen Lebensmittel, Kleidung und Schuhwaren, weniger Luxuswaren wie Elektrogeräte, Schmuck usw. (vgl. Abb. 6).

In den Zentren des Einkaufstourismus nimmt dieser eine wichtige Entlastungsfunktion für den lokalen Arbeitsmarkt wahr. Der Handel und sein Umfeld (Gastronomie, Unterkünfte, Transport usw.) schaffen zahlreiche Verdienstmöglichkeiten und fördern darüber hinaus die Entstehung privatwirtschaftlicher Initiativen sowie die

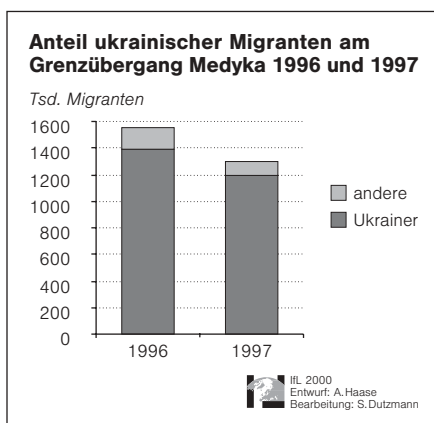


Abb. 4: Anteil ukrainischer Migranten am Grenzübergang in Medyka 1996 und 1997

Quelle: GUS: Turystyka w 1996/1997 roku

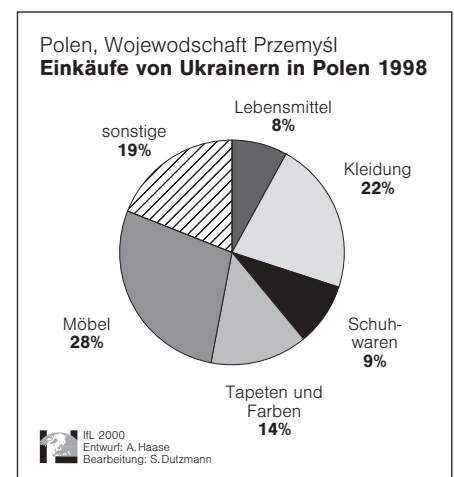


Abb. 6: Einkaufstourismus Anteile der Warengruppen 1998 (Woj. Przemyśl)

Quelle: GUS: Ruch graniczny i wydatki Cudzoziemców w Polsce oraz Polaków za granicę w 1998 roku

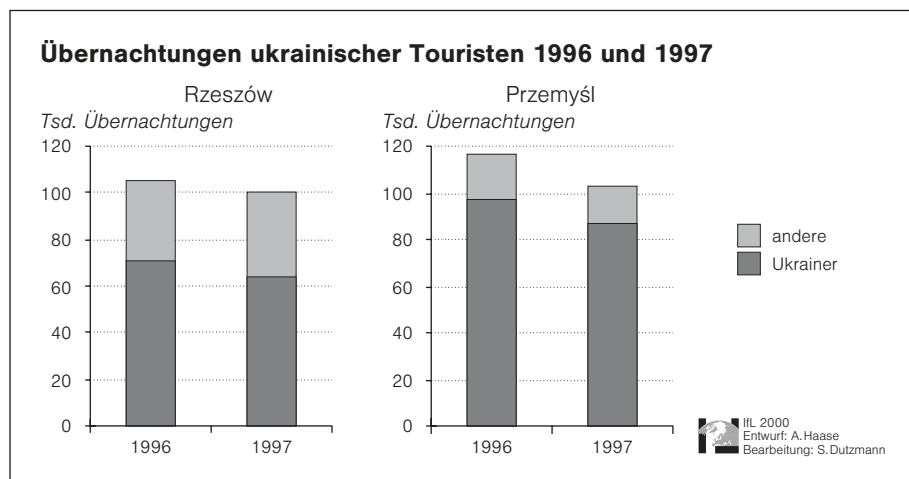


Abb. 7 (Abb. 9): Übernachtungen ukrainischer Touristen in Przemyśl und Rzeszów

Quelle: GUS: Turystyka w 1996/1997 roku

Warenproduktion in der Region. Die Stadt Przemyśl soll geradezu vom Handel leben, Experten schätzen, dass der Basar bzw. der Handelstourismus gegenwärtig wohl der "größte lokale Arbeitsgeber" ist⁴ (Abb. 7).

Auf ukrainischer Seite kommt dem grenzübergreifenden Handelstourismus eine wichtige Abfederungsfunktion der dortigen Erwerbs- und sozialen Krise zu. Durch die Verdienste im Handel kam es darüber hinaus zu einem "Bauboom" auf dem Land (luxuriöse Einfamilienhäuser, völlig neue Wohnsiedlungen). Um so empfindlicher traf die Händler im Herbst 1998 die Verhängung von hohen Zöllen auf polnische Waren. Zahlreichen Menschen im ukrainischen Grenzgebiet wird damit nämlich die Einkommensgrundlage entzogen, ebenso sind auf polnischer Seite Tausende Arbeitsplätze vor allem im informellen Sektor in Gefahr. So wurden z. B. die öffentlichen Busverbindungen zwischen Przemyśl und Lwiv erheblich eingeschränkt. Viele vom Handelsverdienst finanzierte, nicht fertig gebaute Häuser zwischen Mostyska (ukrainischer Grenzort) und Lwiv werden vermutlich Investruinen bleiben. Da sich ein Großteil des Handels im Rahmen des Graumarktsektors abspielt, fallen die zu erwartenden Konsequenzen statistisch betrachtet nicht ins Gewicht, was ihr Ausmaß noch schlechter übersehbar macht.

Schwer einschätzbar ist auch der Umfang der saisonalen oder Kurzzeit-Erwerbsmigration aus der Ukraine nach Südostpolen. Offizielle Arbeitsgenehmigungen werden von den polnischen Behörden nur in sehr geringem

Maße vergeben, v. a. für Künstler, Leistungssportler, Manager, Lehrende an höheren Bildungseinrichtungen usw. Die Mehrheit der nicht als solche registrierten Erwerbsmigranten dagegen ist in der Landwirtschaft und im Gartenbau sowie im privaten Baugewerbe beschäftigt, Frauen oftmals als Haushalthilfen und ukrainische Ärzte, Masseure und Pflegepersonal "halblegal" im Gesundheitswesen. Die mit diesen Erwerbstätigkeiten verbundenen Aufenthalte in Polen sind zu meist nicht von langer Dauer (weniger als drei Monate). Für den polnischen Arbeitsmarkt im Untersuchungsgebiet besteht nach Aussagen von Mitarbeitern der regionalen Arbeitsämter und Verwaltungsbehörden⁵ noch kein direktes Konkurrenzproblem, da die Ukrainer Tätigkeiten ausüben, die selbst polnische Arbeitslose kaum tun würden – ein Phänomen, was an westeuropäische Realitäten erinnert.

Zunehmend entwickelt sich auch ein sozialer und kultureller Austausch in den Grenzgebieten, durch private Besuche (ukrainischer und polnischer Familien) und den sogenannten "Nostalgie-Tourismus" von Vertriebenen der Jahre 1944-46. Solche Besuche sind von ukrainischer Seite häufig mit Handelsaktivitäten und Erwerbsaufenthalten gekoppelt, wobei Verwandte und Bekannte bei der Organisation dieser Vorhaben behilflich sind. Kulturelle Kontakte bestehen insbesondere zwischen einzelnen Städten wie Rzeszów, Przemyśl und Lwiv. Als Beispiele hierfür seien die Organisation des Festivals der polnischen und ukrainischen Kultur in Przemyśl und Lwiv, die Verpflichtung ukrainischer griechisch-

katholischer Priester und Lehrer zur Arbeit in Südostpolen⁶, durch lokale und regionale Institutionen finanzierte kulturelle Veranstaltungen sowie auch der wissenschaftliche Austausch z. B. durch die PH Rzeszów oder das historisch-kulturwissenschaftlich ausgerichtete Südost-Institut in Przemyśl mit Forschungseinrichtungen in Lwiv genannt. Es soll in diesem Rahmen auch ein polnisch-ukrainisches Informationszentrum in Przemyśl entstehen – finanziert welches mit Mitteln der Euroregion Karpaten (vgl. unten).

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen den Grenzgebieten im engeren Sinne entwickelt sich dagegen bislang zögerlich, abgesehen vom Handel und seiner zunehmenden "Professionalisierung" seit Mitte der 90er Jahre. Die Gründe hierfür liegen in der unsicheren Wirtschaftslage in der Ukraine (verzögerte Privatisierung, unklare Kompetenzen im Banken- und Kreditwesen). Trotzdem hat sich die Zahl der polnisch-ukrainischen Joint-ventures im Untersuchungsraum stetig vergrößert. Die aktuellen regionalen Export-Import-Beziehungen sind von nicht unwesentlicher Bedeutung: So rangiert z. B. die Ukraine im Export der Wojewodschaft Rzeszów auf dem ersten Platz und nimmt auch in den Wojewodschaften Przemyśl und Krosno bedeutsame Positionen ein. Es werden regelmäßig internationalen Wirtschaftsmessen z. B. in Rzeszów veranstaltet, wo über konkrete Kooperationsbeziehungen einzelner Unternehmen und Vertretungen verhandelt wird. Eine wirtschaftliche Orientierung nach Osten hat für Südostpolen eine große Bedeutung, was sich auch in der Existenz von nach 1991 gegründeten polnisch-ukrainischen Industrie- und Handelsgesellschaften niederschlägt.

Eine besondere Form der transregionalen Kooperation (vgl. SCHMITT-EGNER 1998) findet zwischen den hier

⁴ Informationen nach Expertengesprächen mit Vertretern städtischer und Wojewodschaftsbehörden in Przemyśl in den Jahren 1997-1999

⁵ Zu dieser Frage wurden Vertreter der genannten Behörden in Krosno, Przemyśl und Rzeszów im Zeitraum 1997-1999 befragt.

⁶ Informationen aus Gesprächen mit dem Direktor der ukrainischen Schule in Przemyśl sowie Vertretern der unierten Kirche in Przemyśl, Sanok und Komańcza

betrachteten Räumen im Rahmen der Euroregion Karpaten statt. 1993 ins Leben gerufen, ist diese mittlerweile ein sehr heterogenes und großes Gebilde mit einer Fläche von etwa 150 000 km² und mit ca. 15 Millionen Einwohnern, an dem bereits 5 Staaten – Polen, Ukraine, Slowakei, Ungarn, Rumänien – Anteil haben (vgl. *Tab. 10* und Główny Urząd Statystyczny ... 1998).

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel sowie der Größe, Heterogenität und Unübersichtlichkeit der Euroregion gibt es bislang nur wenige konkrete Projekte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen oder infrastrukturellen Zusammenarbeit. Darüber hinaus fehlt der Euroregion die Transparenz in der Bevölkerung, und die an ihr beteiligten Ländern betrachten die Euroregion als solche wohl eher als einen ideellen Zusammenschluss (vgl. MYNC 1997), dem ein "anderes Verständnis von der Bedeutung einer Euroregion" zugrunde liegt – man will dazugehören, ohne daran unbedingt größere Hoffnungen auf die baldige reale Verflechtung der Grenzgebiete in wirtschaftlicher, infrastruktureller oder sozialer Hinsicht zu verbinden. Die Zukunft der Euroregion ist ungewiss. Positiv dagegen muss die Tatsache bewertet werden, dass durch ihre Existenz eine Reihe wissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit grenzüberschreitenden Fragen und Problemen in diesem Raum entstanden sind (vgl. KORDELA-BORCZYK 1996; SÜLI-ZAKAR und CORRIGAN 1998).

Insgesamt gesehen haben sich seit 1991 unterschiedliche und vielfältige transregionale Kontakte und Kooperationsbeziehungen zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw entwickelt (vgl. auch HUDSELJAK 1997). Die Freigabe des Grenzverkehrs wird durch die Bevölkerung zu großen Teilen positiv wahrgenommen, die aufgezeigten Bereiche einer regionalen Partnerschaft bieten trotz aller dargelegten Probleme zweifelsohne eine Perspektive für die sozial-ökonomische Entwicklung der Regionen auf beiden Seiten der Grenze. Kompliziert ist und bleibt dagegen das polnisch-ukrainische Verhältnis in kultureller bzw. historischer Perspektive. Hier beherrschen weiterhin Vorurteile und Animositäten den Alltag, sind die dramatischen Auseinandersetzungen in den

Polen	Ukraine	Slowakei	Ungarn	Rumänien
Wojewodschaft*	Oblast	Bezirk (okres)	Komitat	Kreis
Krosno	Lwiw	Prešov	Miskolc	Satu Mare
Przemyśl	Uschhorod	Košice	Eger	Oradea
Rzeszów	Iwano-Frankiwsk		Szolnok	Zalau
Tarnów	Tscherniwzy		Debrecen	Baia Mare
			Nyiregyhaza	Botoșani

* bis 31.12.1998, ab 1.1.1999 Teile der Wojewodschaften Podkarpackie und Małopolskie

Tab. 10: Territorium der Euroregion Karpaten

Quelle: GUS/Urząd Statystyczny we Wrocławiu: Euroregiony w nowym podziale terytorialnym Polski, Warszawa/Wrocław 1999

30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts noch lebendig.

Minderheitenprobleme

Im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet leben heute auf beiden Seiten der Grenze ethnische Minderheiten: etwa 15-30 000 Ukrainer auf polnischer Seite und etwa 30 000 Polen in der Oblast Lwiw. Sie stellen die Verbliebenen nach den Umsiedlungen hunderttausender Menschen beider Nationalitäten im Rahmen der "Repatriierungen" in den Jahren 1944-46 dar bzw. sind nach der Aufhebung der strengsten Repressionen in der Nachkriegszeit in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete zurückgekehrt. Die meisten Ukrainer in Südostpolen sind in Przemyśl und Umgebung, in den unmittelbaren Grenzgemeinden, südöstlich von Sanok sowie in den Beskidengemeinden von Gorlice bis Komańcza beheimatet. Unter ihnen ist der Anteil der "Rückkehrer" relativ hoch (v. a. nach 1956 infolge des "Tauwetters" durch den Machtwechsel von Bierut auf Gomułka). In der Oblast Lwiw lebt die polnische Bevölkerung mehrheitlich in der Stadt Lwiw (ca. 10 000) sowie in den Rayons Mostiska, Sambir und Drohobytch (HAASE 1998a).

Das zwischenethnische Verhältnis wird belastet durch die dramatische jüngere Vergangenheit (vgl. oben). Insbesondere die Kämpfe zwischen der Ukrainischen Aufstandarmee und der Polnischen Heimatarmee, die Morde an der Zivilbevölkerung im Schatten des Zweiten Weltkrieges sowie die Aktion "Weichsel" 1947 stehen hierbei im Vordergrund. Die politische Motivation für die Vertreibung zu einer "Lösung der Ukrainerfrage" im Nachkriegspolen steht für die Mehrheit der Ukrainer außer Frage (vgl. MOKRY 1997). Die Tabuisierung des Themas im Sozialismus trug wesent-

lich dazu bei, dass die Frage nach 1989 einen spannungsgeladenen Punkt im polnisch-ukrainischen Verhältnis bildet. Es sind die ungeklärten Probleme, aus denen gegenwärtig Unversöhnlichkeiten abgeleitet werden und aus denen sich ethnische Vorurteile und Stereotype nähren.

Nichtsdestotrotz ist durch die offizielle Anerkennung der Minderheiten in Polen 1989 sowie durch neue politische und soziokulturelle Rechte für die Minderheiten in beiden Nachbarstaaten eine öffentliche Diskussion über die Vergangenheit überhaupt möglich geworden. Mehr noch: Der Umbruch und die Grenzöffnung schufen neue Grundlagen für das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit. Das freie Bekenntnis zur ethnischen und religiösen Identität sowie der Schutz vor Diskriminierung, der freie Gebrauch der Muttersprache und das Recht, Informationen in dieser Sprache öffentlich zu verbreiten, die Einrichtung muttersprachlicher Schulen und unabhängiger soziokultureller Gemeinschaften zählen dabei zu den wichtigsten neuen Rechten (vgl. GILL und GILL 1994; BARCZ 1996; JEWTUCH 1993). So wirken heute in Südostpolen mehrere Zirkel des Verbandes der Ukrainer in Polen (ZUP) und in der Oblast Lwiw 17 Gruppen der Polnischen Kulturgesellschaft.⁷ In Przemyśl gibt es seit 1991 wieder eine ukrainische Schule, die mittlerweile auch Oberstufenklassen führt, in Lwiw zwei polnische Schulen. Sowohl in Polen als auch in der Ukraine werden landesweit Zeitungen und Zeitschriften in

⁷ Der ZUP entstand 1990 als Nachfolgeorganisation der Ukrainischen Soziokulturellen Gesellschaft (UTSK) und hat gegenwärtig etwa 10 000 Mitglieder. Zur Polnischen Kulturgesellschaft in Lwiw gehören etwa 3 300 Mitglieder.

der entsprechenden Minderheitensprache verbreitet. Höhepunkte des kulturellen Lebens der Minderheiten bilden das Festival der Ukrainischen bzw. Polnischen Kultur, welche seit 1995 in Przemyśl und Lwiw stattfinden.

Nach 1989 erfolgte die Legalisierung der unierten bzw. griechisch-katholischen Kirche, der vor 1945 die Mehrzahl der Ukrainer angehört hatte. In Lwiw und Przemyśl residiert nun wieder eine erzbischöfliche Kurie. Auf polnischer Seite gehört nach wie vor die Mehrzahl der Ukrainer der griechisch-katholischen Kirche an. Bis heute ist das Verhältnis der drei Kirchen – der unierten, der orthodoxen und der römisch-katholischen – im Grenzgebiet nicht spannungsfrei, trotz formaler Übereinkünfte wie z. B. der gemeinsamen Nutzung von Kirchen in gemischt gläubigen Gemeinden. Fragen wie die Rückgabe von Eigentum jedoch warten noch auf eine generelle Lösung, obgleich nach 1991 bereits einige Kirchen (in Polen zumeist von der römisch-katholischen, in der Ukraine von der orthodoxen) an die unierte Kirche zurückgegeben worden sind. Auf diesen Punkt soll unten noch eingegangen werden.

Die Grenzöffnung ermöglichte schließlich nach mehreren Jahrzehnten wieder den Kontakt zwischen Familien sowie zwischen den Minderheitenbevölkerungen und dem "Mutterland". Trotz der vielen positiven Effekte, die damit verbunden sind, wird hier auch eine Reihe von Distanzen und Fremdheiten sichtbar, die zwischen den "polnischen" und "ukrainischen" Ukrainern sowie den "polnischen" und "ukrainischen" Polen existieren. Unterschiedliche alltagsweltliche Erfahrungen und die jeweilige Kultur der Mehrheitsgesellschaft prägen das Selbstverständnis, Verhaltens- und Handlungsmuster der Minderheitenbevölkerung sehr stark, sie lassen die Ukrainer aus Przemyśl in vielem "viel polnischer" sein als die Polen aus Lwiw und umgekehrt.

Das zwischenethnische Verhältnis im Alltag ist nicht ohne Spannungen. Es sind sowohl die unbewältigte Vergangenheit als auch die aus dieser unter Transformationsbedingungen erwachsenden "alt-neuen Probleme", die zu Missverständnissen, Provokationen und Animositäten führen (vgl. HAASE 1998a, 1999b; SCHLOTT 1996).



Foto 3: Gedenktafel für die Opfer der Aktion Weichsel in Chotyniec bei Przemyśl
Foto: Haase, 1998

Zunächst zur Situation auf polnischer Seite.

Zu den wichtigsten Problemen zählt hier gegenwärtig der Streit um die Rückgabe von Eigentum der im Rahmen der Aktion "Weichsel" vertriebenen Ukrainer in Polen. Dabei geht es um Kirchen, Repräsentations- und Verwaltungsgebäude, Schulen, das erzbischöfliche Palais und das ehemalige unierte Priesterseminar in Przemyśl, auch um Grundstücksflächen oder aber die archivalischen Sammlungen der griechisch-katholischen Kirche (vgl. FENCZAK und GĄSIOROWSKA 1995). Symbolische Bedeutung erhielt in diesem Rahmen die Auseinandersetzung um die Karmeliterkirche in Przemyśl, die nach den Josephinischen Reformen Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945 unierte Kathedrale gewesen war. Nachdem der polnische Episkopat 1991 einer Rückgabe der Kirche bereits zugestimmt hatte, wurde die Kirche von Gegnern der Rückgabeentscheidung besetzt. Vermittlung suchte man in der Involvierung der päpstlichen Kurie in Rom. Schließlich wurde ein Kompromiss erreicht, welcher bis heute in psychologischer Hinsicht besonders bei den Ukrainern nicht auf allgemeine Zustimmung stößt: Die griechisch-katholische Kirche erhielt als "Ersatz" die ehemalige Jesuiten- und spätere Garnisonskirche.⁸

Ethnische Vorurteile und Stereotype, eine weitreichende Unkenntnis der historischen Details sowie eine diffuse

Angst vor "den anderen", verbunden mit den Unsicherheiten und Orientierungsschwierigkeiten vieler Menschen im Umbruchprozess bilden den Hintergrund für andauernde gegenseitige Provokationen. Eine Rolle spielen hier in erster Linie der Abriss der von den Ukrainern erbauten Kuppel der Karmeliterkirche 1993, die nach offizieller (polnischer) Lesart illegal errichteten Gedenkstätten für gefallene ukrainische Kämpfer sowie Erinnerungstafeln an die Aktion "Weichsel" vor ukrainischen Kirchen (vgl. Foto 3). Für viele Polen in Przemyśl ist die Existenz einer ukrainischen Schule, der unierten Kurie sowie unabhängiger ukrainischer Organisationen bereits der Beginn einer "Ukrainisierung" der Stadt. Die erstmalige Durchführung des Festivals der Ukrainischen Kultur 1995 in Przemyśl führte daher auch zu verbalen und tätlichen Ausschreitungen gegen die Minderheit.

Auf ukrainischer Seite drängt dagegen der alltägliche Überlebenskampf

⁸ Es bildete sich ein sogenanntes Verteidigungskomitee für die Karmeliterkirche, der auch Vertreter der städtischen und Wojewodschafts-Leitung angehörten. Der Papst, der 1991 in Przemyśl weilte, konnte die Kirche nicht besuchen. Seitdem ist der "Karmel" ein Symbol für die Spannungen im polnisch-ukrainischen Verhältnis insbesondere in Przemyśl. Der Abriss der von den Ukrainern gebauten Holzkuppel der Kirche wegen Bauauffälligkeit und ihre Ersetzung durch den ursprünglichen Dachreiter 1993 wird von ukrainischer Seite als eine erneute Provokation gesehen.

aller Menschen zwischenethnische Probleme eher in den Hintergrund. Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch in der Oblast Lwiw und insbesondere in Lwiw selbst Spannungen bestehen. Die Grabstätten im Polnisch-ukrainischen Krieg gefallener Polen auf dem Lytschakiwske-Friedhof wurden wiederholt zum Ziel chauvinistischer Schmierereien. Im Frühjahr 1999 sollte auf dem restaurierten Friedhofsgelände eine Gedenktafel eingeweiht werden, deren Text von den lokalen Verantwortungsträgern nicht akzeptiert wurde (DANIEC 1999). Die Polen in Lwiw fürchten ebenso die Auseinandersetzungen auf der anderen Seite der Grenze, aus Angst vor der Reaktion ukrainischer Nationalisten auf diese, welche dann sie selbst betrifft. Sie zeigen weitaus weniger Verständnis für die Empörung vieler Polen auf polnischer Seite über die "Ukrainisierung Südostpolens". Dies zeigt, dass die aktuellen zwischenethnischen Spannungen auf polnischer Seite entschieden bedeutsamer sind und von größerem Extremismus geprägt, aber auch, dass sozioökonomische Krisensituationen nicht notwendigerweise zu zwischenethnischen Konflikten führen müssen, sondern diese auch in ihrer Bedeutung zurückdrängen können.

Wie wird sich das polnisch-ukrainische Mehrheit-Minderheit-Verhältnis im Grenzgebiet in der Zukunft entwickeln? Welche Chancen bestehen, die vorhandenen Probleme zu lösen? Wird in nächster Zeit ein Dialog in erster Linie über die Lasten der Vergangenheit und die damit verbundenen Animositäten des aktuellen alltagsweltlichen Miteinanders stattfinden? Angst, Misstrauen und gegenseitige Abgrenzung, die gegenwärtig die polnisch-ukrainischen Beziehungen vor allem in Przemyśl und Umgebung prägen, tragen nicht dazu bei, Konflikte zu entschärfen und Diskrepanzen zu diskutieren. Vorurteile und Unwissenheit sind Ursachen für die bisher fehlende Bereitschaft der Mehrheit der Menschen zu einer wirklichen Versöhnung. Der Versöhnungsprozess scheint hier, wo die Vergangenheit, um die es geht, auch real stattgefunden hat, in besonderem Maße kompliziert und langwierig zu sein. Im Ergebnis ist der Dialog zwischen den Nachbarstaaten Polen und Ukraine im Bereich der offiziellen politischen bilate-

ralen Beziehungen zwischen Warschau und Kiew um vieles klarer und verständlicher als zwischen Polen und Ukrainern zwischen Rzeszów, Przemyśl und Lwiw. Hinzu kommt, dass die drei Kirchen (römisch- und griechisch-katholisch und orthodox) sowie die Vertreter der lokalen Verwaltung, Politik und Medien sich gegenwärtig nicht in dem Maße im polnisch-ukrainischen Dialog engagieren, wie es ihrer Rolle im gesellschaftlichen Leben der Region entspräche. Insbesondere die anhaltenden Streitigkeiten zwischen den Kirchen seien hier erwähnt, bei denen es nicht allein um die Kirchengebäude, die die griechisch-katholische Kirche heute von der römisch-katholischen und orthodoxen Kirche zurückfordert, sondern auch um den rechtlichen Status der unierten Kirche geht sowie um den Übertritt zahlreicher Ukrainer von der orthodoxen Kirche zurück zur unierten nach 1989. Verschärft wird dieser Streit durch Vorwürfe der unierten an die beiden anderen Kirchen, sich durch das de facto Verbot der griechisch-katholischen Kirche nach 1945/47 Vorteile und infolge der erzwungenen Übertritte einen Zuwachs an Gläubigen verschafft zu haben.

Die Grundvoraussetzungen zur polnisch-ukrainischen Versöhnung sind durch den Umbruch und die offene Grenze so gut wie noch nie zuvor. Es besteht die Möglichkeit für die Minderheiten auf beiden Seiten, eine "Brückenfunktion" zwischen den Nachbargesellschaften wahrzunehmen. Der oben beschriebene transregionale Austausch zeigt, dass mit der Vergangenheit auch durchaus pragmatisch umgegangen wird: So verdienen gegenwärtig zahlreiche Ukrainer aus Lwiw ihren Lebensunterhalt in Polen, und viele Polen in Rzeszów, Przemyśl und Umgebung leben von dem Geld, was die ukrainischen Handelstouristen für polnische Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Tapeten und Möbel ausgeben.

Schwierig ist, um einen abschließenden Gedanken auszuführen, dass die junge Generation von dem herrschenden Klima der Abgrenzung und Unversöhnlichkeit geprägt ist und Vorurteile oftmals unkritisch übernommen werden. Dabei setzen viele Angehörige der heutigen Elterngeneration gerade auf die Jugend ihre Hoff-

nung, einen Schlussstrich unter die Feindseligkeiten zu ziehen und objektiv über Vergangenes und Zukünftiges zu sprechen. Die Bereitschaft der Mehrheit der Bevölkerung zur Verständigung, zur Akzeptanz der Probleme der anderen und auch eine deutliche Absage lokaler Verantwortungs- und Entscheidungsträger von Politik, Gesellschaft und Kirche an extremistische Kreise und durch sie initiierte Provokationen beider Seiten bilden hierfür die Voraussetzungen.

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lassen sich zur Entwicklung der polnisch-ukrainischen Nachbarschaft in den hier betrachteten Grenzregionen nach dem Systemumbruch folgende Entwicklungen festhalten:

1. Aufgrund des sehr unterschiedlichen Verlaufs der wirtschaftlichen wie auch der gesellschaftlichen Transformation auf beiden Seiten der Grenze wachsen gegenwärtig die sozioökonomischen Unterschiede zwischen den Grenzgebieten, was sich in einem zunehmenden Wohlstands- und Lohngefälle niederschlägt. Auf der polnischen Seite vollzieht sich die Entwicklung trotz der noch bevorstehenden Reformen der Landwirtschaft tendenziell in Richtung einer wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung, auf der ukrainischen Seite dagegen konnte die krisenhafte Entwicklung in den letzten Jahren nicht gebremst werden, und sie besitzt aufgrund der makroökonomischen Rahmenbedingungen in der Ukraine derzeit kaum nennenswerte Perspektiven für eine Entspannung der Lage. Während der Lebensstandard der Bevölkerung in Südostpolen in den letzten Jahren sichtbar gestiegen ist, muss für die Oblast Lwiw eine zunehmende Verarmung großer Bevölkerungsteile konstatiert werden.
2. Der visafreie Grenzverkehr bildet die Grundlage für einen Neuaufbau der Nachbarbeziehungen zwischen den Grenzgebieten, welche neben ihrer wirtschaftlichen auch eine wichtige soziale Funktion besitzen (Kontakte der Bevölkerung, Abbau von Ängsten und Stereotypen, Entstehung eines

neues Bildes über die Nachbarn, Verständnis für die Probleme der anderen). Die offene Grenze sorgt darüber hinaus für eine Abmilderung der peripheren Lage der Regionen durch die Gewinnung einer "neuen Zentralität" (BRUNN und SCHMITT-EGNER 1998) für die grenzüberschreitende Kommunikation sowie die transregionale Kooperation.

3. In den letzten Jahren haben sich vielfältige grenzüberschreitende Beziehungen zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw entwickelt, von denen beide Seiten profitieren, in erster Linie durch den Grenzhandel und die Erwerbsmigration sowie auf polnischer Seite durch die regionale Wirtschaftsentwicklung infolge der Handelsbeziehungen und des Einkaufstourismus.
4. Zu neuen Problemen, die im Zuge der Grenzöffnung auftreten, zählen vor allem die illegale Zuwanderung (für die polnische Seite) sowie die grenzübergreifende, organisierte Wirtschaftskriminalität (Schmuggel von Personen und Waren). Nicht zu unterschätzen dürfte überdies in den nächsten Jahren die "Schere" infolge der wachsenden Transformations- und Wohlstandsunterschiede zwischen den Grenzgebieten sein, die seit der Grenzöffnung ständig transparent sind – der ukrainische Wissenschaftler PAWLYSCHYN (1998) spricht mit Bezug auf die positive Wirtschaftsentwicklung in Polen bereits von einer "Zeitbombe" für die ukrainische Seite.
5. Auf politischer und kultureller Ebene bemüht man sich um Versöhnung und Kooperation, wie zuletzt auch die gemeinsame "Erklärung über Verständigung und Versöhnung" gezeigt hat. Die rechtliche Lage der Minderheiten auf beiden Seiten hat sich verbessert, und sie erhalten zunehmend eine "Brückenfunktion" in den nachbarschaftlichen Beziehungen auf regionaler Ebene. Gleichwohl werden auch jahrzehntelang tabuisierte zwischenethnische Probleme transparent und virulent, wobei gegenwärtig die Lage auf der polnischen Seite als komplizierter einzuschätzen ist.

Vorausblickend noch einige Bemerkungen zur bevorstehenden EU-Integration Polens: Mit der Integration Polens in die Strukturen der Europäischen Union werden zahlreiche Fragen aktuell, die die Grenzregionen und die sich entwickelnden transregionalen Beziehungen unmittelbar berühren. Neben neuen Chancen für die Entwicklung der Grenzregionen (z. B. Gelder für grenzüberschreitende Projekte, auch im Rahmen der Euroregion "Karpaten", Standortvorteile für Investitionen, Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur, direkte Nachbarschaft des ukrainischen Grenzgebietes zur EU, steigende Attraktivität des Arbeitsmarktes in Südostpolen für ukrainische Erwerbsmigranten) lassen sich ebenso neue Schwierigkeiten für die transregionale Kooperation feststellen (Zunahme der sozioökonomischen Unterschiede, Abhängigkeit der bilateralen Kooperation von "europäischen Interessen", Verringerung der grenzübergreifenden Beziehungen, Konkurrenz auf dem südostpolnischen Arbeitsmarkt durch steigende Zahlen von ukrainischen Saisonarbeitskräften). Ausgehend auch von politischen Rahmenbedingungen sind zwei "Szenarien" der künftigen Entwicklung für die Grenzregionen ableitbar (vgl. HAASE 1999a): (a) die Grenze bleibt offen; (b) die Grenze wird wieder undurchlässiger und im Extremfall erneut geschlossen.

Das zweite Szenario würde der Errichtung eines "neuen Eisernen Vorhangs" bzw. "Limes", genauer einer neuen Wohlstands-, Integrations- und Interessengrenze dort gleichkommen, wo auch historisch-ethnisch-kulturelle Bruchlinien verlaufen. Dagegen gilt es heute mehr denn je, die "direkten Nachbarschaften" (KEMPE 1998) an der zukünftigen EU-Außengrenze zu gestalten sowie Asymmetrien und Spannungen abzubauen.⁹ Während Polen im positiven Szenario die Rolle eines "Anwalts" der Ukraine für deren europäische Interessen sein könnte, würde eine Schließung der Grenze in der Ukraine als ein Zeichen des generellen Desinteresses Europas für den jungen Staat und seine Transformationsbestrebungen gewertet werden. Eine geschlossene Grenze würde schließlich Regionen wie Südostpolen zu einer neuen Peripherie der EU im Wortsinne machen. Die Bewohner beider

Grenzregionen – so ergaben Untersuchungen in den letzten Jahren – wünschen sich die Beibehaltung des visa-freien Verkehrs, und sie plädieren für eine Offenhaltung der Grenzen.¹⁰

Unabhängig von allen Spekulationen und Wahrscheinlichkeiten erscheint es ebenso lohnend wie geboten, sich weiterhin intensiv mit dem polnisch-ukrainischen Grenzraum sowie den dort stattfindenden grenzübergreifenden Interaktionen zu beschäftigen, wie es auch in der raum- und sozialwissenschaftlichen Diskussion in Polen und der Ukraine in wachsendem Maße geschieht (vgl. stellvertretend die Arbeiten von ROŚCISZEWSKI und SADOWSKI zur polnischen Ostgrenze, von BABIŃSKI zum polnisch-ukrainischen Verhältnis sowie die Aufsatzbände zu grenzübergreifenden Entwicklungen zwischen Polen und seinen Nachbarn, welche von KITOWSKI herausgegeben werden). Ein Ende 1999 im Institut für Länderkunde Leipzig begonnenes Forschungsprojekt zu "Persistenz und Wandel wirtschafts- und sozialräumlicher Strukturen zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn im Prozess der Transformation" wird in diesem Rahmen dazu beitragen, Informations- und Forschungsdefizite abzutragen und sich sowohl in theoretischer als auch empirischer Hinsicht mit den hier diskutierten bzw. aufgeworfenen Fragen beschäftigen.

Literatur

- Arbeitsämter in Krosno, Przemyśl und Reszów: Materialien 1997-1999 (unveröff.).
- BABIŃSKI, G. (1997): Pogranicze polsko-ukraińskie. Kraków.
- BARCZ, J. (1996): Polen. In: Heuberger, V., A. SUPPAN u. E. VYSLONZIL (Hrsg.): Brennpunkt Osteuropa. Minderheiten im Kreuzfeuer des Nationalismus. München, S. 149ff.
- BÖHME, B. (1999): Grenzland zwischen Mythos und Realität. Real- und Ideen-

⁹ Vgl. KRÄMER (1999), der in diesem Zusammenhang für "kooperative Außengrenzen nicht nur der bestehenden, sondern auch der zukünftigen erweiterten EU" spricht.

¹⁰ Vgl. Umfrage des polnischen Meinungsforschungszentrums CBOS im Jahre 1998 (Internet-Quelle in den bibliographischen Angaben) sowie die Ergebnisse einer Expertenbefragung, welche eine der Autorinnen (A. HAASE) 1997-1999 in den Grenzregionen durchführte.

- geschichte des ukrainischen Territoriums. Lemberg.
- BRUNN, G. u. P. SCHMITT-EGNER (Hrsg.) (1998): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Baden-Baden.
- CLEMENT, H. (1997): Wirtschaftliche Anpassungs- und Transformationsprobleme in der Ukraine. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 41, 2-3, S. 133ff.
- DANIEC, M. (1999): Orleța na zgodę. In: Polityka 20.
- DERGATSCHOW, A. (1999): Von der Wirtschaftskrise zur politischen Krise? In: Wostok 1, S. 103ff.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) u. a.: Wirtschafts- und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1998, Berlin.
- DROTH, A., F.-D. GRIMM u. A. HAASE (2000): Polen aktuell. Daten-Fakten-Literatur zur Geographie Europas, Heft 6. Leipzig.
- ERLER, G. (1998): Polen und die Ukraine – Subjekte oder Objekte im Prozeß der Europäischen Integration? In: Pol'sa – Ukrajina – Francija – Nimeččyna. Drugi dialog pro kordonom (Polen – Ukraine – Frankreich – Deutschland. Zweiter Dialog über Grenzen). Freiburg/Lwiw, S. 197ff.
- FÄSSLER, P., T. HELD u. D. SAWICKI (Hrsg.) (1993): Lemberg – Lwów – Lwiv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen. Köln/Wien/Weimar.
- FENCZAK, A. u. N. GASIOROWSKA-CZARNY (1995): Ukraińska mniejszość narodowa w województwie przemyskim w latach 1989-1993. In: Fraza 8, S. 139ff.
- FRANZMEYER, F. u. C. WEISE (Hrsg.) (1996): Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union. Berlin.
- GILL, W. u. N. GILL (1994): Stosunki Polski z Ukrainą w latach 1989-1993. Toruń/Poznań.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS) (1998): Polska w nowym podziale terytorialnym. Warszawa.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS): Rocznik statystyczny 1991, 1995, 1998. Warszawa.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS): Rocznik województw 1997, 1998. Warszawa.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS): Bezrobocie rejestrowane w Polsce. Jahrgänge 1991-1998. Warszawa.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS): Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce 1994-96. Warszawa 1997. Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce oraz Polaków za granicą 1997, 1998. Warszawa.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS): Turystyka w 1996/1997 roku. Warszawa.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS) (1998): Urząd Statystyczny we Wrocławiu: Urzeregiony w nowym podziale terytorialnym Polski. Warszawa/Wrocław.
- GRIMM, F. (1995): Veränderte Grenzen und Grenzregionen, veränderte Grenzbewertungen in Deutschland und Europa. In: Regionen an deutschen Grenzen. Beiträge zur Regionalen Geographie des Instituts für Länderkunde Leipzig, Bd. 38. Leipzig, S. 10ff.
- GRIMM, F. (1997): Grenzen und Grenzregionen im mittleren und östlichen Europa. In: MAYR, A. (Hrsg.): Regionale Transformationsprozesse in Europa. Beiträge zur Regionalen Geographie, Bd. 44. Leipzig, S. 79ff.
- GRIMM, F.-D. (1998): Auswirkungen der Grenzöffnungen der 90er Jahre in Mittel- und Osteuropa. In: Geographie und Schule 20, 115, S. 7ff.
- HAASE, A. (1998a): Kleine Minderheit mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. In: Kulturosoziologie 7, 2, S. 80ff.
- HAASE, A. (1998b): Społeczno-ekonomiczne aspekty transformacji województw południowo-wschodnich (krośnieńskiego, przemyskiego, rzeszowskiego) w latach 1990-97. In: Żito, Z. (Hrsg.): Problemy transformacji struktur regionalnych w procesie zmian systemu gospodarowania i integracji europejskiej, Teil II. Rzeszów, S. 139ff.
- HAASE, A. (1999a): Towards a bridge of communication or a new European integration border? Consequences of the opening of the polish-ukrainian borderline in 1991 and prospects of transborder cooperation. In: KITOWSKI, J. (Hrsg.): Problematyka geopolityczna Europy Środkowej i wschodniej. Rzeszów, S. 239ff.
- HAASE, A. (1999b): Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. In: Kulturosoziologie 8, 1, S. 89ff.
- HAASE, A. (1999c): Die Grenzöffnungen in Ostmitteleuropa und ihre Folgen für die Entwicklung grenznaher Räume. Das polnisch-ukrainische Beispiel. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Wirtschaftstransformation in Osteuropa. Globalisierung und Sonderwege. Bonn, S. 33ff.
- HAASE, A. (2000): Polnisch-ukrainische Nachbarschaft nach dem Umbruch – Interessen, Kontakte, Probleme. In: Welttrends 26 (im Druck).
- HARTMANN, K. (1995): Polens Ostpolitik und die Ukraine. In: Osteuropa 45, 10, S. 946ff.
- HUDELJAK, I. (1997): Prykordonni social'no-ekonomični zv'jazky Ukrainy z Pol'sčeju (Grenzüberschreitende sozioökonomische Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen). Lwiw.
- Institut Południowo-wschodni w Przemyślu (Hrsg.) (1990, 1994, 1996): Polska – Ukraina. 1000 lat sąsiedztwa. 3 Bände. Przemyśl.
- JAKSCH, T., H. MERTENS u. R. SIEBERT (1997): Die landwirtschaftlichen Produktionspotentiale Polens. In: Europa Regional 5, 2. Leipzig, S. 2ff.
- JEWUCH, W. (1993): Die ethnischen Minderheiten in der Ukraine, In: HAUSMANN, G. u. A. KAPPELER (Hrsg.): Ukraine – Geschichte und Gegenwart eines jungen Staates. Baden-Baden, S. 288ff.
- KEMPE, I. (1998): Die Beziehungen der erweiterten EU mit der Russischen Föderation, Ukraine, Weißrußland und Moldowa. Gütersloh.
- KITOWSKI, J. (1995): Społeczne koszty migracji transgranicznych w południowo-wschodniej Polsce. In: KITOWSKI, J. u. Z. Żito (Hrsg.): Przemiany struktur społeczno-gospodarczych obszarów przygranicznych. Warszawa, Kraków, Rzeszów, S. 293ff.
- KORDELA-BORCZYK, Z. (1996): The case for Economic Cooperation and Development in the Carpathian Region: the Euroregion Modell. Cambridge.
- Krajowy Urząd Pracy (KUP) (1995-1999): Informacja o stanie i strukturze bezrobocia w 1994/1995/1996/1997/1998 roku. Warszawa.
- KRZEMIŃSKI, A. (1993): Polen im 20. Jahrhundert. München.
- KUKLIŃSKI, A. (Hrsg.) (1997): European Space, Baltic Space, Polish space, Part Two. Warsaw.
- LEWSCHIN, A. (1999): Die Krise in der Ukraine dauert an. In: Wostok 1, S. 99ff.
- LODKOWSKA-SKONECZNA, A., A. PYSZKOWSKI u. J. SZLACHTA (1996): Rozwój regionalny Polski 1990-1995. Raport diagnostyczny. Warszawa.
- LÜDEMANN, E. (1995): Ukraine. München.
- MAKIEŁA, Z. (1999): Rozwój infrastruktury transportu a proces uprzemysławiania ziem Polski Południowo-Wschodniej. In: KITOWSKI, J. (Hrsg.): Prace komisji geografii komunikacji PTG. Bd. 5. Warszawa/Rzeszów, S. 185ff.
- MAKSIMTSCHUK, M. (1998): Osoblivosti social'no-ekonomičnoho rozvytku prykordonnyh (Besonderheiten der sozioökonomischen Entwicklung der Grenzregionen). Lwiw.
- MALIKOWSKI, M. (1996): Główne kierunki przemian w strukturze klasowo-warstwowej i społeczno-zawodowej mieszkańców południowo-wschodniego regionu Polski. In: MALIKOWSKI, M. u. D. MARCZUK (Hrsg.): Struktura społeczna, rynek pracy, bezrobocie. Rzeszów, S. 67ff.
- MALIKOWSKI, M. (1998): Sozialistische Industrialisierung in den südöstlichen Grenzgebieten Polens. In: SCHULTZ, H. (Hrsg.): Bevölkerungstransfer und Sy-

- stemwandel. Berlin, S. 211ff.
- MALIKOWSKI, M. u. K. SOWA (1997): Szanse i bariery rozwoju "Ściany wschodniej Polski". Rzeszów.
- MALIKOWSKI, M., A. GRZESIK u. A. SOLECKI (1997): Strategia dla rzeszowskiej wsi. Studium socjologiczne. Rzeszów.
- Ministerium für Statistik der Ukraine (1997): (Ministerstvo statystyky Ukraïny, viddil statystyky praci ta zarobitnoji platy). Praca u L'vivskij oblasti (Arbeit in der Oblast Lwiw). Lwiw.
- MISŁO, E. (1993): Akcja "Wisła". Warszawa
- MOKRY, W. (Hrsg.) (1997): Problemy Ukraïnców w Polsce po wysiedleńczej akcji "Wisła" 1947 roku. Kraków.
- MOLDENHAUER, H. (1997): "Ukraiener sind auf die Wiedergewonnenen Gebiete umzusiedeln." Die polnische Militäraktion "Weichsel" im Jahre 1947. In: Osteuropa 47, 4, S. A 142ff.
- MÜLLER-GRAFF, P.-C. u. A. STEPNIAK (Hrsg.) (1997): Poland and the European Union – Between Association and Membership. Baden-Baden.
- MYNC, A. (1997): Entwicklungsfaktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den östlichen Grenzgebieten Polens. In: KUKLIŃSKI, A. (Hrsg.): European Space, Baltic Space, Polish Space, Part II. Warsaw, S. 257ff.
- Ökonomische Referate des Ministeriums für Statistik und besondere Angelegenheiten (Ekonomičnij dopovidi ministerstva statystyky z okremih pytan'), Materialien. Kiew 1997
- PAWLYSCHYN, A. (1998): Perspektiven für eine Verständigung an der Grenze. In: Pol'sha – Ukraïna – Francija – Nimeččyna. Drugij dialog pro kordonom (Polen – Ukraine – Frankreich – Deutschland. Zweiter Dialog über Grenzen). Freiburg/Lwiw, S.139ff.
- PETROWA, I. (1998): Pryhovane bezrobittja – sumna real'nist' rinku praci (Versteckte Arbeitslosigkeit – eine traurige Realität des Arbeitsmarktes). In: Rinek praci (Arbeitsmarkt). Heft 5, S. 8ff.
- Polityka (Wochenzeitschrift) 22/1997 (Beitrag von J. WILCZAK).
- Polska – Ukraïna. Trudne Pytania (1998): Bde. 1 und 2. Warszawa.
- POWĘSKA, H. (1995a): Development of trade and services in the eastern borderland of Poland – problems and prospects. In: ROŚCISZEWSKI, M. u. M. JAKUBOWSKI (Hrsg.): Polish Eastern Border. Past and Present Problems. Warsaw, S. 83ff.
- POWĘSKA, H. (1995b): Szara strefa handlu i usług i jej rola w aktywizacji obszarów przygranicznych. In: STASIAK, A. (Hrsg.): Problemy polsko-ukraińskiej współpracy przygranicznej. Warszawa/Kiew, S. 99ff.
- POWĘSKA, H. (1997): Społeczny wymiar transgranicznej turystyki handlowej w Polsce w latach dziewięćdziesiątych. In: KITOWSKI, J. (Hrsg.): Społeczne koszty migracji transgranicznych. Rzeszów, S.121ff.
- POWĘSKA, H. (1998): Rola sektora usług w procesie przekształceń regionalnych wschodniego pogranicza Polski. In: ŻIOŁO, Z. (Hrsg.): Problemy transformacji struktur regionalnych w procesie zmian systemu gospodarowania i integracji europejskiej, Teil 1. Rzeszów, S. 159ff.
- PÜTZ, R. (1998): Polen im Transformationsprozeß. In: Geographische Rundschau 50, 1, S. 4ff.
- ROŚCISZEWSKI, M. (1997): Polska granica wschodnia. Warszawa
- ROŚCISZEWSKI, M. (1998): Geopolityczne podstawy w procesie przekształceń regionalnych na polskich obszarach wschodnich. In: ŻIOŁO, Z. (Hrsg.): Problemy transformacji struktur regionalnych w procesie zmian systemu gospodarowania i integracji europejskiej, Teil 1. Rzeszów, S. 117ff.
- RÖSSNER, T. u. a. (1998): Die mitteleuropäische West-Ost-Achse Sachsen-Schlesien-Galizien. Daten, Fakten, Literatur zur Geographie Europas des Instituts für Länderkunde Leipzig, Heft 5. Leipzig.
- SADOWSKI, A. (Hrsg.) (1995): Wschodnie pogranicze w perspektywy socjologicznej. Białystok.
- SCHLOTT, W. (1996): Die anderen im "Dialog" mit uns. Zur Funktion der ethnischen und nationalen Minderheiten in Polen nach 1989. In: Osteuropa 46, 9, S. 900ff.
- SCHMITT-EGNER, P. (1998): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Strategie internationaler Praxis. In: BRUNN, G. u. P. SCHMITT-EGNER (Hrsg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Baden-Baden, S. 27ff.
- SIMONENKO, W. P. (1997): Regiony Ukraïny (Regionen der Ukraine). Kiew.
- STACHOWICZ, S. (1998): Pierwsza w Polsce Specjalna Strefa Ekonomiczna "EUROPARK" w Mielcu. In: Rynek Pracy 4, S. 43ff.
- STASIAK, A. u. Z. ZGLIŃSKI, (Hrsg.) (1997): Wpływ przekształceń strukturalnych rolnictwa na zagospodarowanie przestrzeni wiejskiej. Warszawa.
- Statistische Verwaltung der Oblast Lwiw (L'vivske oblasne upravlinne statystyky) – Informationsmaterialien vom 26.3.1996.
- Statistisches Jahrbuch der Ukraine (Statystyčnyj ščoričnyk Ukraïny) 1996. Kiew 1997.
- SÜLI-ZAKAR, I. u. J. CORRIGAN (1998): Regional perceptions of marginality in the Carpathian Euroregion. In: BURDACK, J., F.-D. GRIMM u. L. PAUL (Hrsg.):
- The political geography of current East-West relations. Beiträge zur Regionalen Geographie, Bd. 47. Leipzig, S. 308ff.
- SZABLIJ, O. (1997): Zachodnia Ukraïna jako pogranicze: delimitacja i problemy społeczno-geograficzne. In: Politechnika Lubelska: Euroregion Bug, Bd. 9 (Zagadnienia wielokryterialnej delimitacji Euroregionu na pograniczu polsko-białorusko-ukraińskim). Lublin, S. 52ff.
- The Małopolska Programme for Rural and Agricultural Development. 1997.
- TSCHIHAK, W. (1997): Stanovyše Pol'shi u central'nij Evropi ta jiji vszjemnyy z Ukraïnoju (Zur Lage Polens in Mitteleuropa und seinen Beziehungen zur Ukraine). In: Ukraïna – Pol'sha: naprykinci stolittja (Ukraine – Polen. Am Ende des Jahrhunderts). Freiburg/Lwiw, S. 168ff.
- TURANSKI, J. (1997): Sučasnyj rinek praci L'vivšyny i osnovni tendencii joho rozvytku v 1997-2000 rokah (Der aktuelle Arbeitsmarkt der Region Lemberg und grundlegende Tendenzen seiner Entwicklung in den Jahren 1997-2000). In: Rinek praci (Arbeitsmarkt), H. 2, S. 18ff.
- TUZIAK, B. (1995): Bezrobocie – rodzina – przestępczość na przykładzie Rzeszowa. In: Polityka Społeczna 22, 9, S. 21ff.
- WOJTKOWSKA-LODEJ, G. (1997): Polen auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union. In: MAYER, O. G. u. H.-E. SCHARRER (Hrsg.): Osterweiterung der Europäischen Union. Baden-Baden, S. 79ff.
- <http://www.msz.gov.pl/english/polzagr/expose99de.html> – Außenminister B. Geremek vor dem Polnischen Sejm am 8.4.1999
- <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1998/KOM129/KOM129.HTM> – Umfrage des Meinungsforschungszentrums CBOS 1998

ANNEGRET HAASE, M.A. Kulturwiss.
Institut für Länderkunde e. V.
Regionale Geographie Europas
Schongauerstr. 9
04329 Leipzig

Dr. IRINA HUDSELJAK
Universität Lwiw
Abteilung Wirtschafts- und Sozial-
geographie
Doroschenko-Straße 41
290602 Lwiw
Ukraine